



Nr. 289 | 05.10.2023

## Ukraine-Analysen

### Ukraine-Krieg in deutschen Medien

■ <b>KOMMENTAR</b>	
Der Kampf um die Deutungshoheit. Deutsche Medien zu Ukraine, Krim-Annexion und Russlands Rolle im Jahr 2014	2
Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ <b>ANALYSE</b>	
Die Qualität der Medienberichterstattung über Russlands Krieg gegen die Ukraine	4
Von Marcus Maurer (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Jörg Haßler (Ludwig-Maximilians-Universität München) und Pablo Jost (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)	
■ <b>ANALYSE</b>	
Russlands Aggression gegenüber der Ukraine in den deutschen Talkshows 2013–2023. Eine empirische Analyse der Studiogäste	12
Von Marcus Welsch (Berlin)	
<hr/>	
■ <b>CHRONIK</b>	
15. – 30. September 2023	20

## KOMMENTAR

## Der Kampf um die Deutungshoheit. Deutsche Medien zu Ukraine, Krim-Annexion und Russlands Rolle im Jahr 2014

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

### Einleitung

Bereits im Jahr 2014 begann eine Diskussion um die Voreingenommenheit deutscher Medien bezüglich Russlands und der Ukraine, die ab 2022 mit der Debatte um den großflächigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Kern ist die Frage, wie »russland-feindlich« bzw. »russland-freundlich« die Darstellung deutscher journalistischer Massenmedien ist.

Die eine Seite verlangt mehr Verständnis für die russische Sicht der Dinge, selbst wenn sie diese Sicht selbst oft nicht gutheißt, und behauptet durch Rücksichtnahme gegenüber russischen Interessen werde eine friedliche Lösung möglich. Die andere Seite befürchtet ein fatales Signal der Schwäche, welches Russland zu Aggression ermutigen werde und verlangt die Ukraine als Subjekt der internationalen Beziehungen ernst zu nehmen und die völkerrechtlich verbürgte und von Russland vertraglich akzeptierte territoriale Integrität der Ukraine wichtiger zu nehmen als russische Propaganda.

Bereits 2014 – im Kontext der als Euro-Maidan bekannt gewordenen Massenproteste, der russischen Annexion der Krim und dem folgenden militärischen Konflikt in der Ostukraine – warfen beide Seiten den deutschen Massenmedien vor, die jeweils andere Seite auf unverantwortliche Weise und mit potenziell fatalen Folgen für Deutschlands außenpolitische Situation zu bevorzugen. Ein Rückblick auf das Jahr 2014 hilft so auch bei der Einordnung der aktuellen Debatte.

### Talkshows

Talkshows sind offensichtlich polemischer als Nachrichtensendungen, aber durch ihre Reichweite und die Produktion von »Gesprächsstoff« kommt ihnen für die öffentliche Meinung eine recht große Bedeutung zu. Bereits 2014 veröffentlichte Fabian Burkhardt, damals als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität München, in den *Ukraine-Analysen* eine Auswertung der Gäste in acht Talk-Show-Formaten in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern von November 2013 bis April 2014.

Es zeigt sich, dass bei Vertreter:innen deutscher Parteien auf Ausgewogenheit geachtet wird. Bei der Nationalität hingegen gilt dies nicht. Es wurden doppelt so viele russische wie ukrainische Staatsbürger:innen eingeladen. Zentral ist aber natürlich die Auswertung der inhaltlichen Positionen der Talkshow-Gäste. Hier gilt für 2013/14, dass in Talkshows im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die Gäste die eine Entspannungspoli-

tik gegenüber Russland vertraten im Vergleich zu denen, die eine »Eindämmung« Russland forderten, eindeutig in der Mehrheit waren. Dementsprechend gab es bei knapp einem Drittel der untersuchten Talkshows keine expliziten Fürsprecher:innen für die Ukraine. Russland wurde hingegen deutlich stärker unterstützt.

Trotzdem – oder vielleicht auch gerade wegen ihrer Präsenz in Talkshows – waren bereits damals die Stimmen, die von einer Diskriminierung russischer Positionen und einer russlandfeindlichen Stimmung sprachen, deutlich lauter.

### Journalistische Berichterstattung

Talkshows sind nicht nur polemischer als journalistische Berichterstattung, ihre Inhalte werden von Journalist:innen auch weniger stark kontrolliert. Eine umfangreiche Analyse der Berichterstattung großer deutscher Printmedien bietet die 2021 an der Universität Bamberg abgeschlossene und 2022 veröffentlichte Dissertation von Kinza Khan. Sie untersucht für zehn überregionale deutsche Tages- und Wochenzeitungen die Berichterstattung zur Ukraine und zur Rolle Russlands im Februar und März 2014, also im Zeitraum in dem die Massenproteste in Kyjiw mit der Flucht des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsh endeten und Russland die Krim annektierte. Sie berücksichtigt dabei ausschließlich prominent platzierte Beiträge zum Thema, die von namentlich genannten Autor:innen verfasst wurden. Im Ergebnis hat sie 548 Artikel analysiert.

Auch hier ist der Ausgangspunkt die Dominanz des Vorwurfs einer Voreingenommenheit gegenüber Russland (nicht gegenüber der Ukraine), die sich z. B. auch in einer Stellungnahme des ARD-Programmebeirats zeigte (S. 15). Die Autorin stellt auch fest, »wie sehr der deutsche Blick auf und unser Wissen über die Ukraine durch den Blick auf und das Wissen über Russland sowie unser Verhältnis zu ihm bestimmt ist.« (S. 5)

Kinza Khan gibt einen systematischen Überblick über die in der deutschen Debatte gegen die Medienberichterstattung gemachten Vorwürfe (Kapitel 2.5). In ihrer eigenen Analyse bezieht sie sich auf den Ansatz des Framing. Frames, im Deutschen auch als »Leitmotive« bezeichnet, bieten eine grundsätzliche Einordnung eines Themas einschließlich moralischer Bewertungen. Dadurch, so die Idee des Ansatzes, werden bestimmte Positionen in der Debatte legitimiert und andere diskreditiert.

Wenn z. B. allgemein von einer Voreingenommenheit gegenüber Russland geredet wird, dann werden

Fürsprecher:innen der Ukraine sofort skeptisch wahrgenommen. Wenn der militärische Konflikt in der Ostukraine seit 2014 als Bürgerkrieg bezeichnet wird, dann ist wenig Platz für Berichterstattung über die Präsenz der russischen Armee oder die hohe Anzahl russischer Staatsbürger in der Führung der »Separatisten-Republiken«. In ihrer eigenen Analyse erfasst Khan Frames für sechs Themenfelder (noch nicht für den Krieg in der Ostukraine, der erst nach ihrem Untersuchungszeitraum begann).

Im starken Unterschied zu den Talkshows zeigt sich bei den Printmedien – vor allem mit inhaltlichem Bezug auf die Krim-Annexion – eine kritische Position gegenüber Russland. Etwa 60 Prozent der Frames sind russland-kritisch, jeweils etwa 10 Prozent russland-freundlich (oder kritisch gegenüber dem Westen) bzw. plädieren für Ausgleich und Verständigung. Die russische Ankündigung der Krim-Annexion markiert hier einen Wendepunkt. Die Annexion wird eindeutig als Verstoß gegen das Völkerrecht thematisiert, wodurch ein Frame entsteht, der das russische Vorgehen als nicht zu rechtfertigen präsentiert. Dementsprechend wird in diesem Zusammenhang auch der Frame von Russland als autokratischem Staat oft verwendet. Trotzdem wird bei der Eskalationsverantwortung weiterhin differenziert. Nach Khans Auswertung beträgt das Verhältnis der Schuldzuweisungen an Russland und den Westen etwa 2:1. Bei der Diskussion um Sanktionen greift dann der Völkerrechts-Frame nicht mehr: Zustimmung und Ablehnung sind in der Berichterstattung der deutschen Printmedien etwa gleich stark.

Gleichzeitig zeigt sich, dass über innenpolitische Themen der Ukraine deutlich weniger berichtet wird. Zentraler Frame ist hier die »innere Spaltung der Ukraine«. Gleichzeitig wird die Rolle ultra-rechter Kräfte in der Ukraine regelmäßig thematisiert. Während die Autorin mit diesen Ergebnissen »Vorwürfe des Verschweigens« zurückweist (S. 236), würde die Osteuropaforschung eher darauf hinweisen, dass hier russische Frames wiederholt wurden, die die Ukraine als »faschistisch« und als »kein echtes Land« beschreiben. Wie die Ergebnisse nationaler Wahlen in der Ukraine fünf Jahre später zeigten, basieren beide auf Fehleinschätzungen. Keine rechtsextreme Partei hat genug Stimmen für den Einzug ins Parlament erhalten und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj und seine Partei erzielten jeweils überwältigende Wahlsiege in der gesamten Ukraine – ohne erkennbare Spaltung.

Die Autorin weist auch darauf hin, dass für die Ukraine »komplexe Zusammenhänge nicht auf breiter Ebene tiefgehend beleuchtet« werden (S. 240), was viel damit zu tun haben dürfte, dass deutsche Journalist:innen in der Ukraine kaum noch vertreten waren und die deutsche Berichterstattung über Büros in Mos-

kau oder Warschau erfolgte. Dies änderte sich erst wieder mit dem russischen Großangriff. Bereits Anfang März 2022 waren 25 deutsche Auslandskorrespondent:innen in der Ukraine. Ein Jahr später beschloss die ARD, ein Studio in Kyjiw zu eröffnen. Der Spiegel zum Beispiel war zu diesem Zeitpunkt mit fünf Journalist:innen in der Ukraine vertreten.

## Resümee

Die Bewertung der Rolle von Massenmedien orientiert sich vor allem am Ideal der Meinungsfreiheit und verlangt deshalb eine möglichst faire und ausgeglichene Wiedergabe unterschiedlicher inhaltlicher Positionen. Dabei stellt sich aber sofort die Frage, wessen inhaltliche Positionen zu berücksichtigen sind.

Während Kommentare im Internet und auf sozialen Medien von russischen »Trollfabriken« zugunsten der russischen Position verfälscht wurden und werden, zeigen repräsentative Meinungsumfragen, dass eher »russland-freundliche« Positionen in der deutschen Bevölkerung lange Zeit mehrheitsfähig waren und auch jetzt noch von einem großen Teil – wenn auch bei weitem nicht mehr der Mehrheit – unterstützt werden.

Die wissenschaftliche Osteuropaforschung ist sich hingegen weitgehend einig, dass Russland Kompromissbereitschaft als Schwäche interpretiert und dass die Ukraine das Völkerrecht auf ihrer Seite hat und deshalb Unterstützung verdient. Sie sieht deshalb eine »falsche Ausgewogenheit«, wenn echter wissenschaftlicher Expertise eine populistische und inhaltlich nicht fundierte Position als gleichwertig gegenübergestellt wird. Die implizite Annahme ist dabei, dass fundierte inhaltliche Positionen, die auf jahrelanger wissenschaftlicher Beschäftigung mit der Region basieren, wichtiger sind als nur von Sorge oder Vorwürfen getragene Beiträge.

Wenn sich die Rolle der Massenmedien am Konzept der deliberativen Demokratie orientieren soll, bei der es nicht einfach um Meinungsfreiheit geht, sondern um eine sinnvolle inhaltliche Debatte, an deren Ende der beste Vorschlag sich durchsetzt, dann zeigt die Medienberichterstattung zur Ukraine und zur Rolle Russlands ganz klar die Grenzen dieser Idee für den deutschen Fall auf.

Wie die hier vorgestellten Analysen des Jahres 2014 zeigen, dreht sich die Debatte nunmehr seit zehn Jahren im Kreis. Durch den großflächigen russischen Angriffskrieg seit 2022 ist sie wieder lauter geworden, wirklich weiterentwickelt hat sie sich nicht. Immer noch wird in Talkshows prominent gefordert, dass die deutsche Außenpolitik mäßigend wirken soll, Verhandlungen mit Russland fördern soll und die Ukraine nicht zu sehr unterstützen solle, um die »weitere Eskalation« zu vermeiden (siehe auch die Analyse von Marcus Welsch in der vorliegenden Ausgabe). Immer noch ist die journa-

listische Berichterstattung vor allem damit beschäftigt, grobe Fehleinschätzungen zu den Motiven russischer Politik, zu Regeln des Völkerrechts oder zur Rolle von Sprache, regionaler »Spaltung« oder Rechtsextremismus in der Ukraine zu thematisieren.

Die öffentliche Debatte kann deshalb nicht den dringend erforderlichen nächsten Schritt machen. Wie Khan bereits für die Berichterstattung 2014 konstatiert, fehlt es bezüglich der Ukraine an inhaltlicher Breite und Tiefe. Vor allem aber werden durch die Fokussierung auf das Für und Wider von »Waffenstillstand jetzt!« in die Zukunft weisende Fragen ausgeblendet. Wie kann die Ukraine die vielen Belastungen und Zerstörungen durch permanente russische Angriffe überstehen? Wie

soll eine europäische Sicherheitsordnung aussehen, die Russlands Nachbarstaaten auch außerhalb der NATO ein friedliches Weiterleben ermöglicht? Was bedeutet Russlands Angriffskrieg für die NATO, was die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine für die EU? Was bedeutet die Tatsache, dass Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Besuch in Deutschland wegen Kriegsverbrechen verhaftet werden müsste, für die weiteren Verhandlungen mit ihm? Die Liste dieser Fragen ist lang. Versuche einer Antwort finden sich bisher vor allem in wissenschaftlichen Zeitschriften, kaum in journalistischen Medien. Für eine sinnvolle Diskussion der Lage sind sie aber unverzichtbar.

#### *Über den Autor*

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

#### *Im Text besprochene Publikationen*

- Fabian Burkhardt (2014): Die Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows, in: Ukraine-Analysen Nr. 135, S. 10–13 (<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/135/die-ukraine-krise-in-den-deutschen-talkshows/> bzw. (Fassung mit Seitenangaben) <https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/135/UkraineAnalysen135.pdf>)
- Kinza Khan (2022): Maidan, Krim und Russland. Eine Medien-Frame-Analyse deutscher Print-Berichterstattung im Februar und März 2014, Baden-Baden: Nomos-Verlag.

## ANALYSE

# Die Qualität der Medienberichterstattung über Russlands Krieg gegen die Ukraine

Von Marcus Maurer (Johannes Gutenberg-Universität Mainz), Jörg Haßler (Ludwig-Maximilians-Universität München) und Pablo Jost (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)

DOI: 10.31205/UA.289.01

## Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Medienberichterstattung über den Krieg in der Ukraine in den ersten drei Kriegsmonaten. Dazu wurde eine Inhaltsanalyse von über 4.000 Beiträgen in acht deutschen Leitmedien durchgeführt. Die Analysen zeigen, dass die deutschen Medien die Kriegsverantwortung eindeutig bei Russland sahen, während die Ukraine überwiegend positiv dargestellt wurde. Sie plädierten eher für Waffenlieferungen als für diplomatische Verhandlungen. Die Bundesregierung und Kanzler Scholz wurden überwiegend kritisiert. Während die verschiedenen Medien in einigen Punkten eher einheitlich berichteten, zeigten sich in anderen Punkten deutliche Unterschiede.

## Einleitung

Am 24. Februar 2022 fielen russische Truppen in die Ukraine ein. Die folgenden Wochen waren in Deutschland vor allem von Diskussionen darüber geprägt, mit welchen Maßnahmen sich der Krieg möglichst schnell beenden ließe. Dabei ging es vor allem um diplomatische Verhandlungen, Wirtschaftssanktionen und die Lieferung von (schwe-

ren) Waffen an die Ukraine. Besonders ab Mitte April verschärfte sich dann die Diskussion um die Lieferung schwerer Waffen. In der deutschen Bevölkerung war die Unterstützung für harte Maßnahmen gegen Russland im Allgemeinen seit Kriegsbeginn groß (z. B. ARD DeutschlandTrend März–Juni 2022). Im Detail vollzogen sich in diesem Zeitraum aber auch zwei bemerkenswerte Stimmungsumschwünge: Nachdem vor Kriegsausbruch im Februar noch eine deutliche Mehrheit (71 %) allgemein gegen Waffenlieferungen an die Ukraine war, war nach Kriegsausbruch im März eine deutliche Mehrheit (67 %) dafür. Die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen änderte sich mit einem Monat Verzögerung: War im März noch eine deutliche Mehrheit (63 %) dagegen, votierte ab April die Mehrheit der Deutschen (56 %) dafür (Forschungsgruppe Wahlen/Politbarometer).

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist nach der »Flüchtlingskrise« und der Corona-Pandemie aber auch das dritte große Thema innerhalb der letzten Jahre, bei dem sich die Nachrichtenmedien in Deutschland massiver Kritik ausgesetzt sahen: Die Berichterstattung befürwortete einseitig die militärische Unterstützung für die Ukraine und die Lieferung von (schweren) Waffen, obwohl dies mit wirtschaftlichen und militärischen Risiken für die deutsche Bevölkerung und die ganze Welt verbunden sei. Die Berichterstattung von Medien mit eigentlich unterschiedlichen redaktionellen Linien unterscheidet sich in diesem Fall kaum voneinander. Ob diese Vorwürfe zutreffen, ist bislang unklar, weil sie auf subjektiven Eindrücken Einzelner basieren, die stark durch ihre eigene Konfliktsicht geprägt sind. Eine Antwort auf die Frage, ob die Inhalte von Nachrichtenmedien den publizistischen Grundsätzen von Vielfalt und Ausgewogenheit entsprechen, ist aber aus unterschiedlichen Perspektiven bedeutsam: Zum einen können Erkenntnisse darüber dazu beitragen, journalistische Berichterstattung kritisch zu reflektieren. Zum anderen können sie aber auch dazu beitragen, den Journalismus vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen.

In der vorliegenden Studie untersuchen wir deshalb die Qualität der journalistischen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg. Dazu haben wir eine quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung von acht deutschen Leitmedien durchgeführt. Die Methode der Inhaltsanalyse ermöglicht es, mithilfe eines ausgearbeiteten Messinstruments (Codebuch) weitgehend objektive (intersubjektiv prüfbare) Aussagen über große Mengen von Nachrichtenbeiträgen zu machen. Im Zentrum der Analyse steht die Frage, wie vielfältig und ausgewogen deutsche Nachrichtenmedien über den Krieg und unterschiedliche Positionen zum Krieg berichtet haben.

## Methode

Analysiert wurde die Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen in acht deutschen Leitmedien (FAZ, Süddeutsche Zeitung, Bild, Spiegel, Zeit, ARD Tagesschau (20 Uhr), ZDF Heute (19 Uhr), RTL Aktuell (18:45 Uhr)) zwischen dem 24. Februar (Tag des russischen Einmarschs) und dem 31. Mai 2022. Die Medien wurden nach ihrer Reichweite, ihrer redaktionellen Linie (politische Ausrichtung) und ihrem vermuteten Einfluss auf die Berichterstattung anderer Medien (Meinungsführermedien) ausgewählt. Wir können mit dieser Untersuchung folglich zwar keine Aussagen über »die Medien« machen, sondern nur über die acht von uns untersuchten Leitmedien. Die Berichterstattung anderer etablierter Nachrichtenmedien (z. B. Regionalzeitungen) ist dieser aber mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit zumindest ähnlich.

Erfasst wurden alle Beiträge (Berichte und Kommentare), die sich mit dem Krieg gegen die Ukraine, dem Kriegsverlauf, Kriegsursachen, Folgen des Krieges für die beteiligten Länder oder Deutschland und/oder Maßnahmen im Kontext des Krieges beschäftigen. Dabei musste es nicht unbedingt um das Kriegsgeschehen selbst gehen. Relevant waren beispielsweise auch Beiträge, die den Krieg in einem politischen oder wirtschaftlichen Kontext thematisierten.

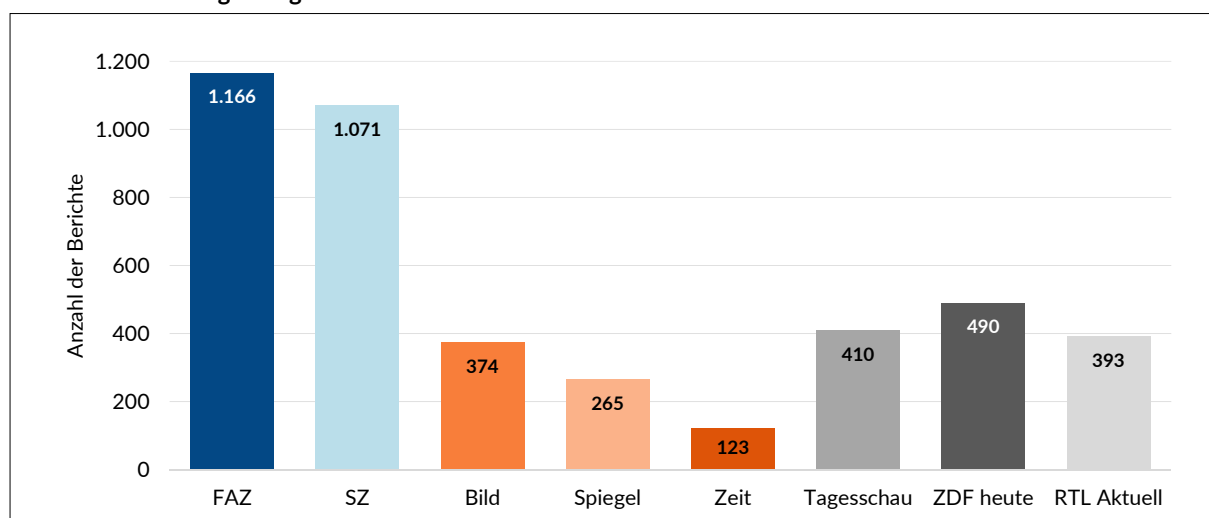
Die Codierung erfolgte auf Beitragsebene, d. h. jedes Merkmal wurde für den gesamten Beitrag erhoben. Erfasst haben wir etwa 20 inhaltliche Textmerkmale, die sich für die Analyse zentraler Kriterien für Medienqualität eignen und in früheren Studien ähnlich verwendet wurden. Dabei haben wir einerseits Kategorien verwendet, in denen wir das Vorkommen von Themen, Akteuren und Maßnahmen erfasst haben. In diesen Fällen haben wir pro Beitrag bis zu drei Codierungen (also z. B. bis zu drei Akteure) zugelassen, sodass die Zahl der Codierungen die Zahl der Beiträge überschreiten kann. Andererseits enthält die Studie eine Reihe von Kategorien, mit denen wir Bewertungen und ähnliche Darstellungsaspekte gemessen haben (z. B. die Bewertung der Maßnahmen, die Bewertung der verantwortlichen Akteure). Solche Bewertungskategorien haben wir auf fünfstufigen Skalen (z. B. eindeutig positiv – eindeutig negativ) erfasst und für die Auswertung der Übersichtlichkeit halber auf drei-stufige Skalen (z. B. positiv, ambivalent, negativ) zusammengefasst. In unseren Analysen weisen wir dabei in der Regel den Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent aus. Dabei ist es für die Codierung unerheblich, ob die Wertungen in einem Beitrag direkt vom Autor oder von Dritten, die im Beitrag zitiert wurden, stammen.

Nach diesen Kriterien haben die sechs an unserer Untersuchung beteiligten und ausführlich geschulten Codiererinnen und Codierer 4.292 Beiträge erfasst. Die Codierungen erreichten in allen Fällen gute bis sehr gute Reliabilitätswerte (Maß für die Übereinstimmung der Codierenden untereinander) zwischen 0,71 und 0,98 (Intercodierreliabilität nach Holsti).

## Ergebnisse

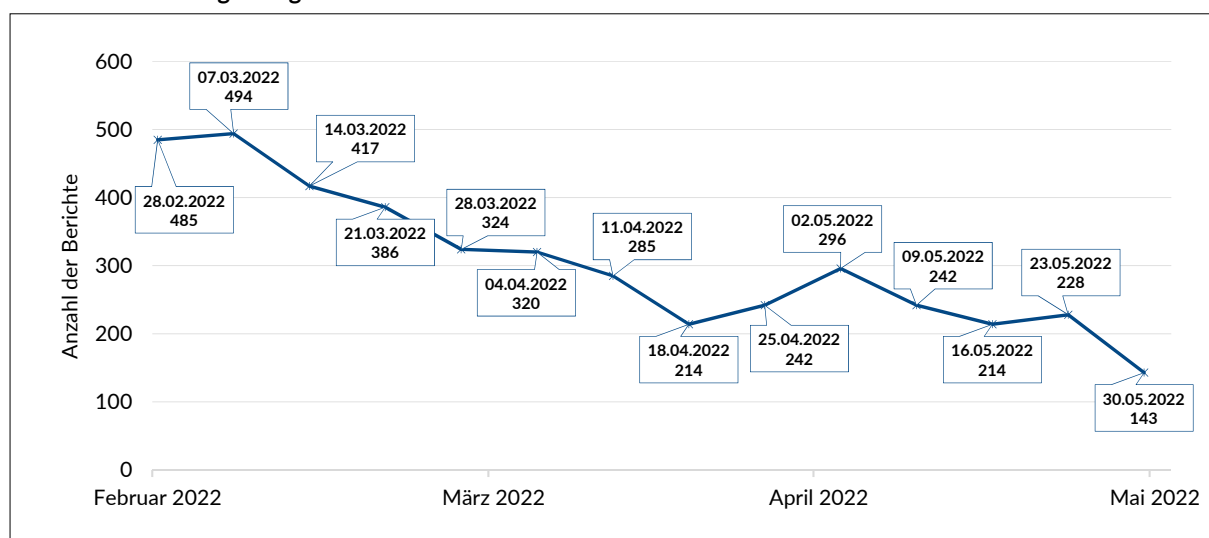
Grafik 1 zeigt die Verteilung der 4.292 Beiträge auf die acht untersuchten Medien. Dabei wird deutlich, dass ein großer Teil der Berichte auf die beiden überregionalen Tageszeitungen FAZ (1.166 Beiträge) und Süddeutsche Zeitung (1.071 Beiträge) entfällt. Deutlich weniger Beiträge brachten die Fernsehnachrichten und die Bild. Die wenigsten Beiträge erschienen naturgemäß in den wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmedien Spiegel und Zeit.

**Grafik 1: Beitragsmenge in den untersuchten Medien**



Grafik 2 zeigt die Entwicklung der Berichterstattungsmenge im Zeitverlauf auf Wochenbasis. Dabei wird erkennbar, dass die wöchentliche Menge der Berichterstattung über den Krieg zwischen Ende Februar und Ende Mai – weitgehend unabhängig von der Relevanz des Kriegsgeschehens und anderer Ereignisse – nahezu kontinuierlich zurückging. Dieses Muster ist aus früheren Krisen bekannt und wird in der Regel mit der Ereignisorientierung von Nachrichtenmedien erklärt: Nachrichtenmedien verlieren im Zeitverlauf zunehmend das Interesse an einem Thema, wenn keine substantiell neuen Ereignisse mehr geschehen.

**Grafik 2: Beitragsmenge im Zeitverlauf**



Für jeden Beitrag haben wir bis zu drei zentrale Akteure codiert. Betrachtet man alle 12.355 erfassten Akteure, wird zunächst deutlich, dass die Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg in erheblicher Weise von politischen Akteuren dominiert wurde (80 % aller Akteursnennungen). Die verbleibenden 20 % setzten sich im Wesentlichen aus Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen, also Organisationen und Privatpersonen, die beispielsweise Hilfe für die Ukraine

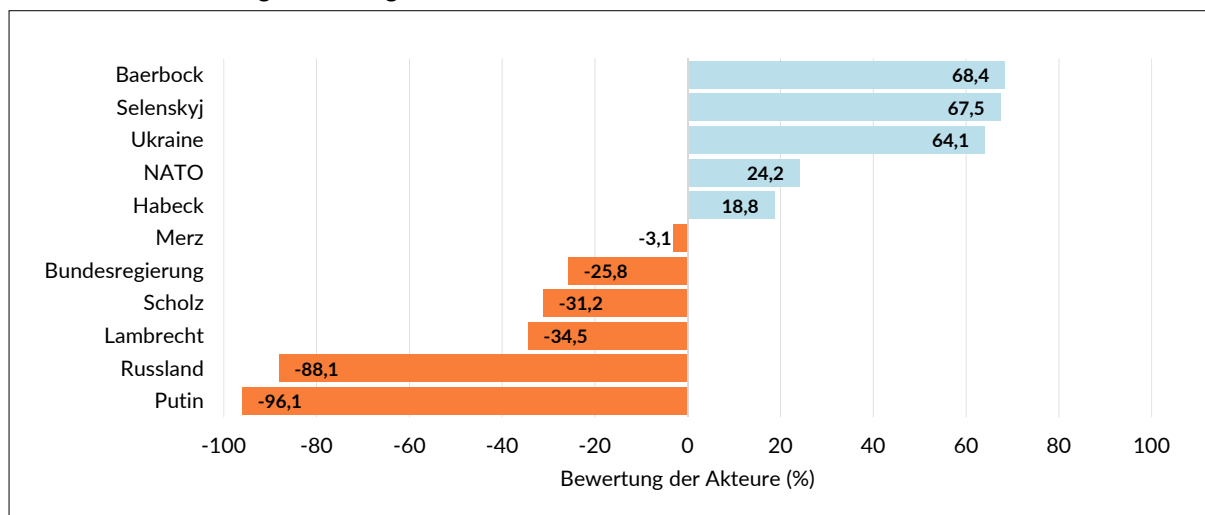
organisieren. Anders als während der Corona-Pandemie spielten wissenschaftliche Akteure in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Sie kamen hier nur ähnlich häufig vor wie z. B. Journalisten (jeweils etwa 2 % der Akteursnennungen).

Unter den politischen Akteuren standen vor allem deutsche Politiker und Parteien im Vordergrund (21 %). Russische Politiker kamen doppelt so häufig in den Berichten vor (8 %) wie ukrainische Politiker (4 %). Das Vorkommen russischer und ukrainischer Politiker beschränkte sich insgesamt allerdings weitgehend auf die Präsidenten Putin (7,4 %) und Selenskyj (3,5 %).

Betrachtet man genauer, welche deutschen Parteien und Politiker die Berichterstattung prägten, zeigt sich das aus Studien zu früheren Krisen bekannte Bild, dass die Oppositionsparteien sowie ihre Vertreter in der Berichterstattung allenfalls marginal vertreten sind. Von den Berichten über deutsche Parteien und ihre Politiker entfielen fast die Hälfte (48 %) auf die SPD. Wesentlich seltener kamen die Grünen und ihre Politiker in den Berichten vor (23 %). Die CDU/CSU (17 %) als größte Oppositionspartei kam zumindest noch häufiger vor als die FDP. Linkspartei und AfD hatten in der Kriegsberichterstattung praktisch keine Medienpräsenz. Vergleicht man die Medienpräsenz von Regierungs- und Oppositionsparteien insgesamt, kam die Regierung auf etwa 80 % und somit auf eine mehr als viermal höhere Medienpräsenz als die Opposition.

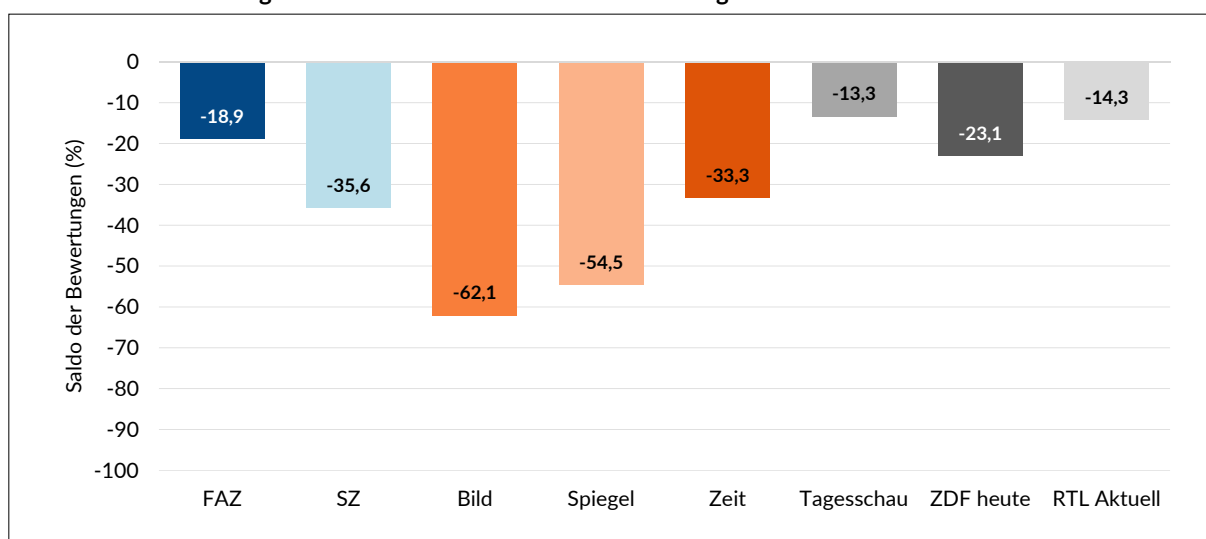
Für jeden erfassten Akteur anschließend eine Akteursbewertung codiert werden. Grafik 3 zeigt den Saldo aus positiven und negativen Bewertungen für elf besonders häufig bewertete Akteure in Prozent. Nahezu ausschließlich positive Bewertungen erhielten dabei die Ukraine (Saldo 64 %) und ihr Präsident Selenskyj (67 %). Dagegen wurden Russland (-88 %) und Präsident Putin (-96 %) fast ausschließlich negativ bewertet. Noch positiver als die Ukraine und ihr Präsident schnitt im Urteil der von uns untersuchten Medien allerdings Außenministerin Baerbock ab (68 %), während Kanzler Scholz (-31 %) und die Bundesregierung insgesamt (-26 %) überwiegend negativ bewertet wurden. Gleiches galt für Verteidigungsministerin Lambrecht (-35 %), während Oppositionsführer Merz weitgehend ausgeglichen bewertet wurde. Insgesamt zeigt sich nicht, dass die von uns untersuchten Medien gegenüber der Bundesregierung besonders kritiklos waren. Vielmehr bewerteten sie nur die grünen Minister Baerbock und Habeck (19 %) deutlich positiv, während sie die übrigen Regierungsmitglieder überwiegend kritisierten.

**Grafik 3: Bewertung der wichtigsten Konfliktakteure**

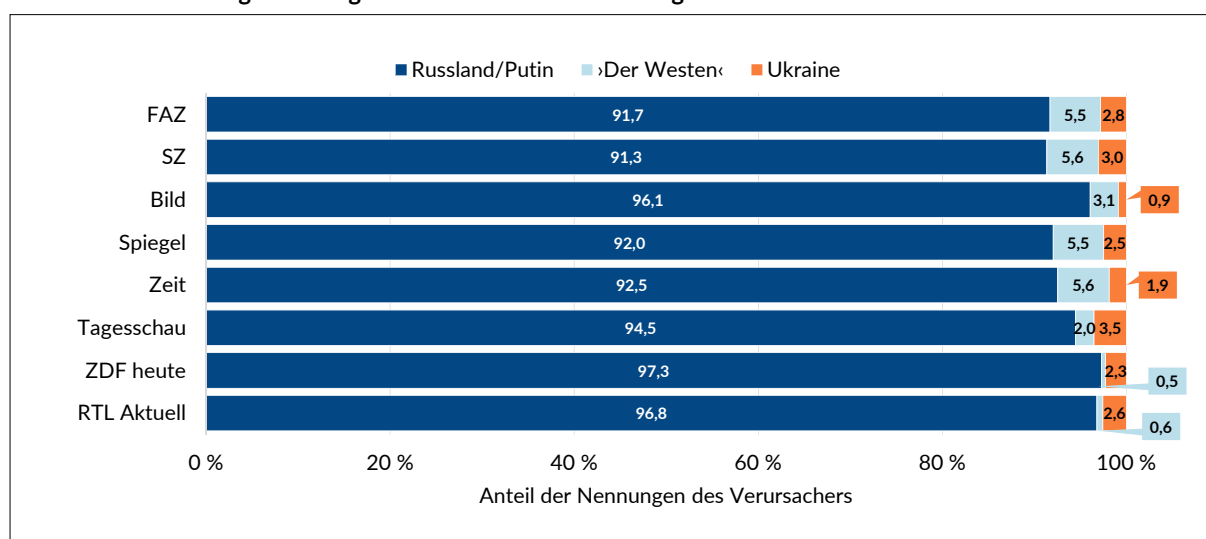


Besonders für Bundeskanzler Scholz lohnt sich zudem eine Betrachtung der Bewertungen im Medienvergleich. Dabei zeigt sich zunächst, dass alle von uns untersuchten Medien Scholz überwiegend negativ dargestellt haben. Allerdings zeigen sich zugleich auch Unterschiede im Ausmaß der negativen Darstellung. Besonders negativ wurde Scholz von der Bild (-62 %) und dem Spiegel (-54 %) bewertet. Am wenigsten negativ berichteten die Tagesschau (-13 %), RTL aktuell (-14 %) und etwas überraschend die grundsätzlich konservative und damit Scholz eigentlich eher nicht nahestehende FAZ (-19 %).

Um zu messen, wer in den von uns untersuchten Medien als Verursacher des Ukraine-Krieges bezeichnet wurde, haben wir für jeden Beitrag drei potenzielle Verursacher erfasst: Russland, die Ukraine und »der Westen«, also die USA, die NATO usw. Es konnten für jeden Beitrag folglich auch zwei oder alle drei Gennannten als Verursacher codiert werden. Dennoch wurde in nahezu allen Beiträgen (93 %) Russland bzw. Präsident Putin die alleinige Verantwortung für den Krieg zugeschrieben. »Der Westen« wurde in nur 4 % als (mit-)verantwortlich bezeichnet, die Ukraine

**Grafik 4: Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Medienvergleich**

noch seltener (2 %). Andere Verursacher als Russland wurden zudem allenfalls in den beiden überregionalen Tageszeitungen sowie in Spiegel und Zeit in nennenswerter Häufigkeit erwähnt (je etwa 10 %).

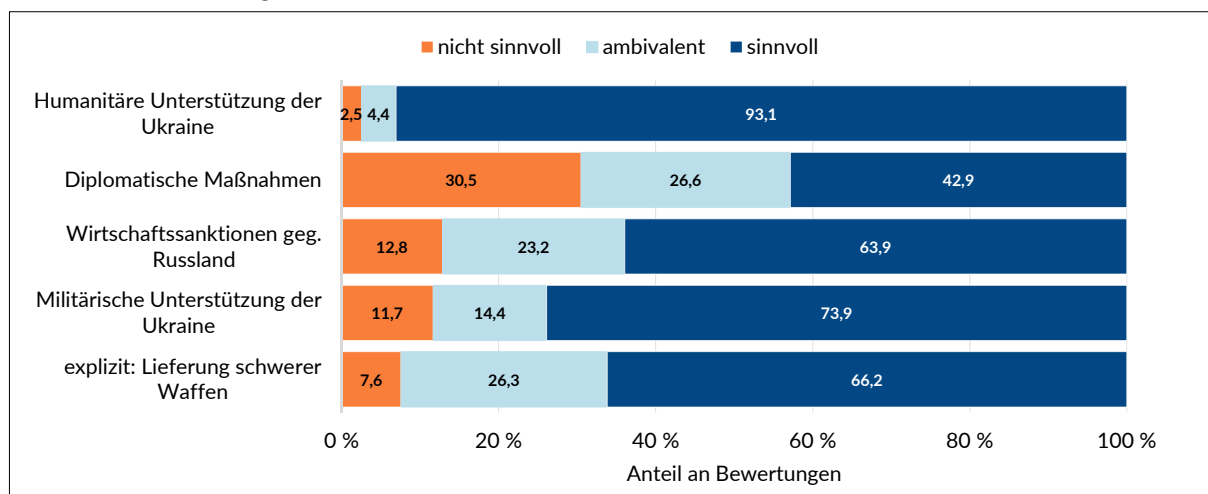
**Grafik 5: Nennung von Kriegsverursachern im Medienvergleich**

Die vielleicht zentrale Streitfrage im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg war während unseres Untersuchungszeitraums und ist prinzipiell bis heute, welche Maßnahmen am ehesten geeignet sind, den Krieg zu beenden. Um zu messen, wie dies in den von uns untersuchten Medien dargestellt wurde, haben wir zunächst erfasst, welche Hilfsmaßnahmen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges in einem Beitrag erwähnt wurden. Dabei konnten bis zu drei Maßnahmen codiert werden. Für jede dieser Maßnahmen haben wir anschließend auf einer fünfstufigen Skala erfasst, als wie sinnvoll sie bewertet wurden (eindeutig sinnvoll – eindeutig nicht sinnvoll). Für die Analysen konzentrieren wir uns hier auf die fünf Maßnahmen, die am häufigsten thematisiert wurden und die Konfliktklinien am besten abbilden: Humanitäre Maßnahmen (z. B. Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten), diplomatische Maßnahmen, militärische Unterstützung für die Ukraine, wobei wir noch einmal explizit die Lieferung schwerer Waffen unterscheiden, und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland. Dabei wird erkennbar, dass humanitäre Maßnahmen in den von uns untersuchten Medien mit Abstand am ehesten als sinnvoll bewertet wurden (93 %). Außerdem bewerteten die von uns untersuchten Medien auch die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen (74 %) außerordentlich positiv. Etwas weniger deutlich, aber immer noch als überwiegend sinnvoll wurde auch die Lieferung



von schweren Waffen bewertet, wenn diese explizit angesprochen wurde (66 %). Ähnlich häufig als sinnvoll bewertet wurde zudem die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen (64 %). Diplomatische Verhandlungen wurden dagegen in weniger als der Hälfte der Beiträge (43 %) als sinnvoll erachtet.

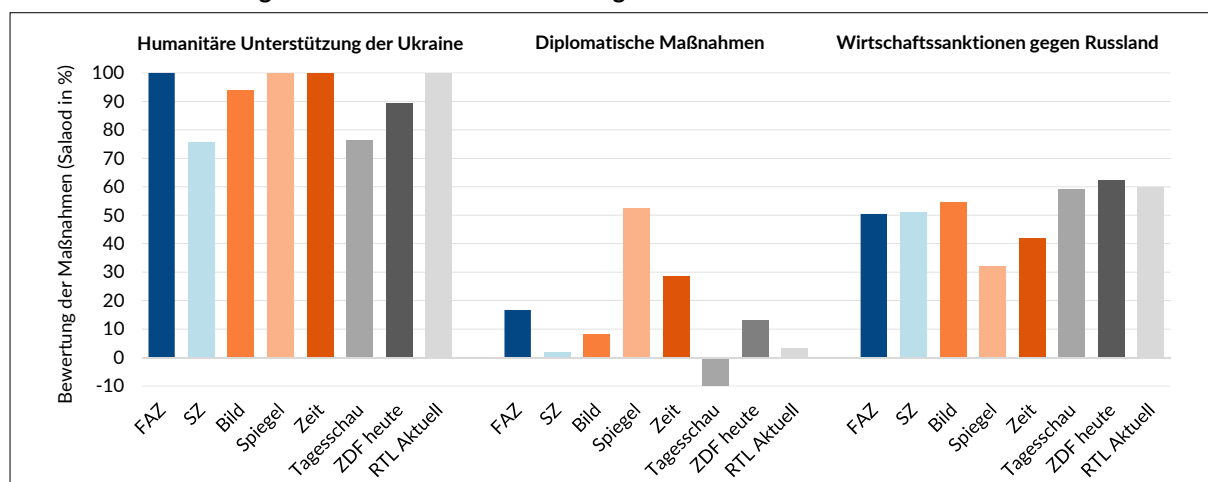
**Grafik 6: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen**

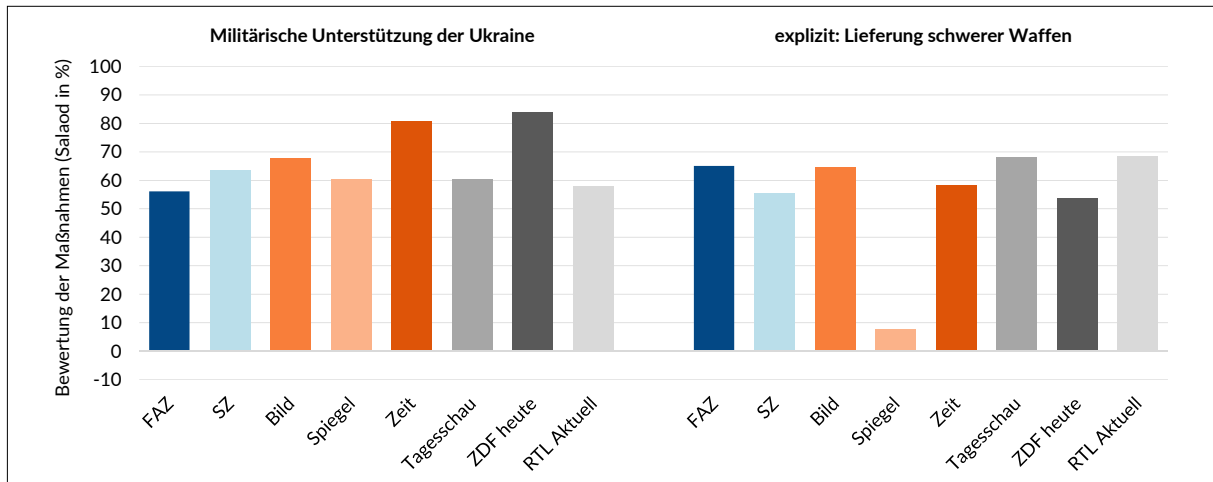


Eine zentrale Frage der öffentlichen Diskussion war auch, ob »die Medien« in dieser Frage eine einheitliche Position vertreten oder eher gespalten sind. Unsere Analysen zeigen, dass die Lieferung schwerer Waffen von allen untersuchten Medien mit Ausnahme des Spiegel deutlich überwiegend befürwortet wurde (Saldo aus positiven und negativen Bewertungen jeweils über 50 %). Im Spiegel dagegen hielten sich ablehnende und befürwortende Beiträge in etwa die Waage (Saldo 8 %). Deutlich unterschiedlicher fielen die Urteile über diplomatische Maßnahmen aus. Diese wurden vom Spiegel mit Abstand als am sinnvollsten bewertet (Saldo 53 %), womit der Spiegel auch das einzige der untersuchten Medien war, das diplomatische Verhandlungen positiver bewertete als die Lieferung schwerer Waffen.

Auch die Zeit, die FAZ und die heute-Nachrichten beschrieben diplomatische Maßnahmen deutlich überwiegend als sinnvoll, wohingegen sie von der Tagesschau sogar leicht überwiegend als nicht sinnvoll beschrieben wurden (-10 %). Relativ ähnlich positiv fielen die Urteile der von uns untersuchten Medien über Waffenlieferungen im Allgemeinen aus. Zwar unterstützten Spiegel und Tagesschau diese Maßnahme etwas weniger als z. B. Bild und die heute-Nachrichten. Insgesamt wurden Waffenlieferungen aber in allen untersuchten Medien mehrheitlich als sinnvoll eingeschätzt. Gleiches galt auch für wirtschaftliche Sanktionen, wobei die Urteile im Spiegel und in der Zeit etwas weniger eindeutig ausfielen als in den übrigen Medien, und für humanitäre Maßnahmen.

**Grafik 7a: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich**



**Grafik 7b: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich (Fortsetzung)****Tabelle 1: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich (Zahlen)**

Humanitäre Unterstützung der Ukraine	
FAZ	100,0
SZ	75,9
Bild	93,9
Spiegel	100,0
Zeit	100,0
Tagesschau	76,5
ZDF heute	89,5
RTL Aktuell	100,0
Diplomatische Maßnahmen	
FAZ	16,7
SZ	2,0
Bild	8,3
Spiegel	52,6
Zeit	28,6
Tagesschau	-10,0
ZDF heute	13,3
RTL Aktuell	3,3

Wirtschaftssanktionen gegen Russland	
FAZ	50,4
SZ	51,1
Bild	54,5
Spiegel	32,3
Zeit	42,1
Tagesschau	59,3
ZDF heute	62,3
RTL Aktuell	60,0
Militärische Unterstützung der Ukraine	
FAZ	56,1
SZ	63,4
Bild	67,7
Spiegel	60,5
Zeit	80,8
Tagesschau	60,5
ZDF heute	83,9
RTL Aktuell	57,9

explizit: Lieferung schwerer Waffen	
FAZ	65,1
SZ	55,6
Bild	64,7
Spiegel	7,7
Zeit	58,3
Tagesschau	68,0
ZDF heute	53,6
RTL Aktuell	68,4

## Fazit

Das Fazit unserer Studie fällt durchaus differenziert aus. In einigen Fällen haben die von uns untersuchten Medien tatsächlich sehr einheitlich über den Krieg berichtet. Das betrifft insbesondere die Zuschreibung der Kriegsverantwortung an Russland und die Bewertung der beiden Kriegsparteien. Dieses Berichterstattungsmuster ist aber wenig verwunderlich, weil Russland – bei allem möglichen Verständnis für eine dort vielleicht als bedrohlich wahrgenommene Ost-Erweiterung der NATO – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, der wenig Spielraum für andere Bewertungen lässt.

In anderen Fällen ist die Einheitlichkeit der Berichterstattung allerdings weniger trivial. Dies betrifft insbesondere die Bewertung der unterschiedlichen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges. Dass die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und die Lieferung schwerer Waffen im Besonderen in den meisten der untersuchten Medien als deutlich überwiegend sinnvoll und auch als sinnvoller als diplomatische Maßnahmen dargestellt

wurden, ist angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine und der offensichtlich mangelnden Verhandlungsbereitschaft auf russischer Seite zwar verständlich, ist in früheren vergleichbaren Fällen wie insbesondere dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2014 aber dennoch vermutlich (hierzu liegen bislang allerdings keine empirischen Daten vor) anders ausgefallen. Umso bemerkenswerter ist, dass der Spiegel als einziges Medium zumindest über die Lieferung schwerer Waffen sehr abwägend berichtete und eine diplomatische Lösung als sinnvoller darstellte. Vollkommen einheitlich berichteten die untersuchten Medien hier also nicht.

Schließlich fiel die Medienberichterstattung in einigen Fällen auch gar nicht einheitlich und schon gar nicht regierungsfreundlich aus. Auch wenn alle untersuchten Medien Bundeskanzler Scholz überwiegend kritisierten, waren die Urteile doch sehr unterschiedlich stark negativ. Ähnlich negativ wurde insgesamt auch über die Bundesregierung berichtet, wobei aber nicht alle Regierungsmitglieder gleichermaßen von der Kritik betroffen waren. Alles in allem deutet aber vieles darauf hin, dass die Medienberichterstattung nicht regierungsnah war, sondern die Regierung eher für ihre zögerliche Haltung kritisierte.

Zur Einordnung dieser Befunde muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass wir hier nur die ersten drei Monate nach Kriegsbeginn untersucht haben. Es ist durchaus denkbar, dass die Berichterstattung im weiteren Kriegsverlauf noch einheitlicher oder regierungsfreundlicher geworden ist. Andererseits haben wir uns hier auf die Analyse weniger Leitmedien konzentriert. Auch wenn wir davon ausgehen können, dass deren Berichterstattung einen Einfluss auf andere Medien hatte, existieren zugleich am rechten und linken Rand des publizistischen Spektrums weitere Medien, die möglicherweise ganz anders über das Kriegsgeschehen berichtet haben.

*Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung des Projekt-Abschlussberichts für die Otto Brenner Stiftung: Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg (otto-brenner-stiftung.de). Wir bedanken uns bei der Stiftung für die finanzielle Unterstützung der Studie.*

#### *Über die Autoren:*

Prof. Dr. *Marcus Maurer* ist Professor für Politische Kommunikation am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Dr. *Jörg Haßler* ist Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe ›Digital Democratic Mobilization in Hybrid Media Systems (DigiDeMo)‹ am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Dr. *Pablo Jost* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

## Russlands Aggression gegenüber der Ukraine in den deutschen Talkshows 2013–2023. Eine empirische Analyse der Studiogäste

Von Marcus Welsch (Berlin)

DOI: 10.31205/UA.289.02

### Zusammenfassung

Die vorliegende Analyse wertet alle Talkshows im deutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen zum Russland-Ukraine Konflikt seit den Maidan-Demonstrationen 2013 bis zum ersten Jahr der großangelegten russischen Invasion aus und zeigt somit die Veränderungen über einen Zeitraum von fast einem Jahrzehnt. Während vor dem russischen Großangriff im Februar 2022 besonders häufig Talkshowgäste eingeladen wurden, die russlandfreundliche Positionen vertraten und somit großen Einfluss auf die Debatte zum Thema hatten, waren sie nach der »Zeitenwende« kaum noch gefragt. Stattdessen traten verstärkt neue Gesichter mit sicherheitspolitischer und militärischer Expertise in Erscheinung und trugen zu einer konstruktiven Versachlichung der Debatte bei. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob dies eine langfristige Entwicklung ist oder es nicht doch noch zu einem Rückfall kommt zu einem bloßen Meinungspluralismus, der diese positive Entwicklung der Talkshows unterläuft.

### Einleitung

Die beiden Schlüsselfragen nach mehr als eineinhalb Jahren eines allumfassenden Krieges in der Ukraine bleiben bestehen: Wie kann die Ukraine den Krieg gewinnen, und was muss dafür von Seiten der ukrainischen Verbündeten, einschließlich Deutschlands, getan werden? Diese Kernfragen spiegeln sich auch in den deutschen TV-Talkshows wider, die der Ukraine ab der »Zeitenwende« im Februar 2022 so viel Aufmerksamkeit und Sendezeit zukommen ließen, wie noch nie.

Auch wenn soziale Medien den Printmedien und dem Fernsehen den Rang abzulaufen scheinen und für eine ganz eigene Dynamik der Meinungsbildung sorgen, hat das öffentlich-rechtliche Fernsehen in Deutschland in der Breite der Bevölkerung immer noch den wichtigsten Einfluss auf die Meinungsbildung. Die Zuschauermarktanteile der größten politischen Talkshows in ARD und ZDF liegen zwischen 10–15 Prozent und 2023 gab es in Deutschland 6,85 Mio. Menschen, die sich »sehr gern« politische Talkshows im Fernsehen ansahen. Deswegen bleibt es umso relevanter, über welche Themen gesprochen wird, welche Akteur:innen in den Talkshows auftreten und welche Positionen dabei vertreten werden und welche Argumente sich letztlich durchsetzen können bzw. beim Publikum ankommen.

Was können Fernsehtalkshows leisten und was nicht? TV-Debatten spitzen zu und fördern die Meinungsbildung. Hintergrundwissen ersetzen sie nicht. Nicht selten verstellen sie sogar den Weg zur Klärung von Sachverhalten. So mancher Schlagabtausch im Studio, der zu hitzigen Debatten führt (wie zum Beispiel zwischen dem ukrainischen Botschafter in Deutschland Andrij Melnyk und dem Soziologen Harald Welzer am 8.5.2022 in der Talkshow »Anne Will«) zeigt eher die Sprachlosigkeit als das sinnvolle Abwägen von Argumenten. Andererseits können Talkshows zur Verständigung kontroverser Standpunkte führen und im besten Fall dazu beitragen, Mythen und Trugbilder zu falsifizieren.

### Untersuchungsgegenstand und Methodik

Die vorliegende Studie basiert auf einer empirischen Untersuchung und bietet eine Übersicht über die deutschen TV-Talkshows zu Russlands Krieg gegen die Ukraine. Damit lässt sich klären, wer vor und nach der großangelegten Invasion 2022 die maßgeblichen Studiogäste waren, die die Debatten geprägt haben, und was sich im Laufe der Zeit verändert hat.

Anknüpfend an eine Voruntersuchung von 2014 zur »Ukraine-Krise in den deutschen Talkshows« von Fabian Burkhardt in den Ukraine-Analysen 135, wurden für die vorliegende Studie alle im überregionalen öffentlich-rechtlichen Fernsehen ausgestrahlten TV-Talkshows der Sender ARD, ZDF und Phoenix seit den Euromaidan-Protesten im Herbst 2013, die sich dem Konflikt zwischen der Ukraine und Russland widmeten, ausgewertet.

Um mögliche Veränderungen analysieren zu können, wurden zwei Vergleichszeiträume ausgewählt. Zeitraum 1 umfasst die Zeit von Dezember 2013, dem Beginn der medialen Aufmerksamkeit gegenüber der Ukraine durch die Euromaidan-Demonstrationen, bis zum Vorabend der großangelegten russischen Invasion am 23.2.2022. Zeitraum 2 bildet das erste Jahr des allumfassenden Krieges Russlands gegen die Ukraine vom 24.2.2022 bis zum 23.2.2023 ab. Aufgenommen in die Datensammlung wurden neben den Sendedaten, Teilnehmer:innen und angekündigten The-

men auch die berufliche Funktion, das Geschlecht und soweit bekannt die Parteizugehörigkeit und Nationalität der Studiogäste.

Es wurde versucht, alle Sendungen zu berücksichtigen, die einen inhaltlichen Bezug im Titel beziehungsweise den Ankündigungen zu den Gästen erkennen lassen. Sendungen, die verschiedene Themenschwerpunkte hatten, wurden berücksichtigt, wenn zumindest ein Studiogast mit einem Beitrag zum Krieg in der Ukraine im Programm angekündigt war. Sendungen mit Einzel-Interviews wurden nicht berücksichtigt, ebenso wenig reine Gesprächsrunden unter Journalist:innen, wie z. B. der »Presseclub« auf Phoenix.

Bei der Themeneingrenzung muss man die Überlagerung der Debatte um den richtigen Umgang mit Russland berücksichtigen, die auch Fragen zum IS, Russlands Eingreifen in Syrien und Vergleichen zwischen Putin, Erdogan und Trump diskutierten. Bei diesen Gesprächsrunden ging es nicht immer um die Ukraine. Die Sendungen wurden dann in die Auswertung mit aufgenommen, wenn der außenpolitische Konflikt mit Russland und die Frage nach der richtigen Politik diesbezüglich zur Sprache kam. Dazu gehören auch Themenschwerpunkte zur NATO oder zu Nord Stream 2.

Insbesondere im Zeitraum von 2014 bis 2022 sind auch Sendungen berücksichtigt worden, die die politische Entwicklung innerhalb Russlands thematisierten, ebenso Besuche deutscher Politiker im Kreml. Sendungen ab 2022, die sich nur mit den innenpolitischen Konsequenzen des Krieges hierzulande beschäftigten, wie übergreifende Flüchtlings- oder Energiefragen, die aber nicht weiter auf die Lage in der Ukraine eingingen, wurden nicht berücksichtigt.

Die inhaltliche Dynamik und unterschiedlichen Kontroversen zu rekonstruieren, würde aufgrund der schieren Menge an Daten den Rahmen der vorliegenden Analyse sprengen: Allein seit dem großangelegten russischen Angriff im Februar 2022 bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung liegen rund 19.500 Sendeminuten intensiver Debatten vor. Die Studie kann die komplexe Dynamik der Debatte daher nur grob umreißen und zu einer umfangreicheren Aufarbeitung und Kontroverse einladen (die Daten werden demnächst auf [www.discuss-data.net](http://www.discuss-data.net) zugänglich gemacht).

### Entwicklung der Themen und Häufigkeit der Sendungen seit 2013

Wie hat sich die Aufmerksamkeit gegenüber dem Konfliktraum Russland-Ukraine generell verändert? Die inhaltlichen Schwerpunkte der Talkshows orientieren sich an zentralen Ereignissen. Standen am Anfang die Proteste auf dem Maidan und die Okkupation der Krim sowie die Lage im Donbas im Vordergrund, ging es zunehmend um die Frage des adäquaten Umgangs mit Russland.

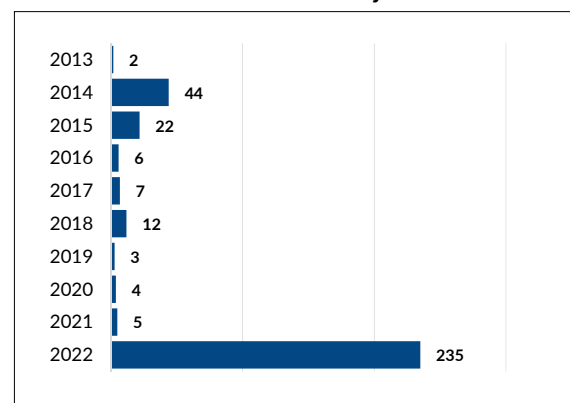
Betrachtet man die Aufmerksamkeitskurve bzw. Häufigkeit der Sendungen, ist sie ein guter Indikator für das mediale Interesse an den Vorgängen in der Ukraine. Der Verlauf zeigt, dass nach einer sehr intensiven Phase (allein 15 Sendungen im März 2014) die Häufung der Talkshows mit Ukraine-Russland-Bezug bis zum Nachgang des Minsk II-Abkommens im Februar 2015 (allein in jenem Monat 9 Sendungen) relativ hoch blieb und erst danach stark nachließ.

Die inhaltlichen Schwerpunkte verlagerten sich zunehmend auf Russland, beziehungsweise den Umgang mit der Politik des russischen Präsidenten. Die gravierenden innenpolitischen Veränderungen in der Ukraine nach dem Maidan spielten ab dem Jahr 2015 in den Talkshows keine Rolle mehr, wenn sie davor je angemessen reflektiert waren. Mit der Ermordung von Boris Nemzow im Februar 2015 verlagerte sich der Blick zunehmend auf die innenpolitische Situation in Russland.

Quantitativ lässt sich festhalten, dass 2014 insgesamt 44 Sendungen und 2015 immerhin noch 22 Talkshows zu den genannten Themenkomplexen ausgestrahlt wurden. Von 2016 bis 2022 gab es dann nur zwischen 3 und 7 Sendungen pro Jahr. Lediglich 2018 kam es mit 12 Sendungen noch einmal zu einem größeren Interesse der TV-Diskussionsrunden, allerdings weniger wegen der Ukraine sondern eher Russland-bezogenen Themen wie dem Syrienkrieg, der Gegenüberstellung Trumps vs. Putin (auch Dauerbrenner 2017), dem Vergiftungs-Fall Skripal sowie der Fußballweltmeisterschaft in Russland (Grafik 1).

Der russische Überfall am 24.2.2022 auf die Ukraine und der sich abzeichnende größte Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg sprengte dann jeglichen Vergleich auch in der Häufigkeit der Talkshows. Allein im Jahr 2022 gab es doppelt so viele TV-Talkshows wie im gesamten analysierten Zeitraum zuvor: Von 2013 bis Ende 2021: 106, von Januar

**Grafik 1: Anzahl TV-Diskussionsrunden 2013–2022 nach Kalenderjahren**



Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

bis Dezember 2022: 235. Die Frequenz blieb bis Ende Juni 2022 sehr hoch (24 bis 45 Sendungen pro Monat) und sank dann bis Dezember 2022 auf durchschnittlich 5 Sendungen pro Monat. 2023 lag das Interesse am Thema mit ca. 10 bis 20 Sendungen pro Monat unter dem Wert der ersten Kriegsmonate, war aber immer noch sehr hoch (Grafik 2).

Die Themenschwerpunkte seit der großangelegten Invasion sind breit gefächert: die Lage der Not leidenden Zivilbevölkerung, Flüchtlingsfragen, Sanktionen und Auswirkungen auf andere Länder (Energie, Getreide-Abkommen), die Rolle des ukrainischen Präsidenten, Chinas und übergreifende Fragen zur Sicherheitspolitik – um nur einige zu nennen. Maßgeblich waren die Talkshows aber durch die unmittelbare Kriegsentwicklung gezeichnet: von der überraschenden Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Armee, den Kriegsverbrechen Russlands und der Frage nach der angemessenen militärischen Unterstützung der Ukraine, die zunehmend diskutiert wurde.

Drei Fragestellungen tauchen besonders häufig auf: 1. Droht eine Eskalation des Krieges, 2. Wie steht man zu Waffenlieferungen? und 3. Wie lange wird der Krieg noch dauern und wie lässt er sich beenden? Besonders die Forderung nach Friedensverhandlungen, die Sicherheitsexpert:innen in naher Zukunft für wenig erfolgversprechend halten, ist eine Besonderheit der Debatte in Deutschland.

Ebenso auffällig war die häufige Verwendung einer »drohenden Eskalation«, die angesichts der am Maximum operierenden militärischen Verbände Russlands schon semantisch fragwürdig ist. Oft wurde dieser Zusammenhang mit der Spekulation eines Einsatzes von Atomwaffen verbunden, die immer wiederkehrend vom Großteil der Expert:innen als unwahrscheinlich eingestuft wurde. Inwieweit die zögerliche Haltung der Bundesrepublik bei den Waffenlieferungen möglicherweise den Kriegsverlauf zu Lasten der Ukraine geprägt hat, müssen spätere Studien zeigen. Diese Frage scheint in letzter Zeit, auch nach dem Untersuchungszeitraum, zunehmend die Debatten in den Talkshows zu beschäftigen.

## Auswertung der Basisdaten zu Sendungen und eingeladenen Gästen

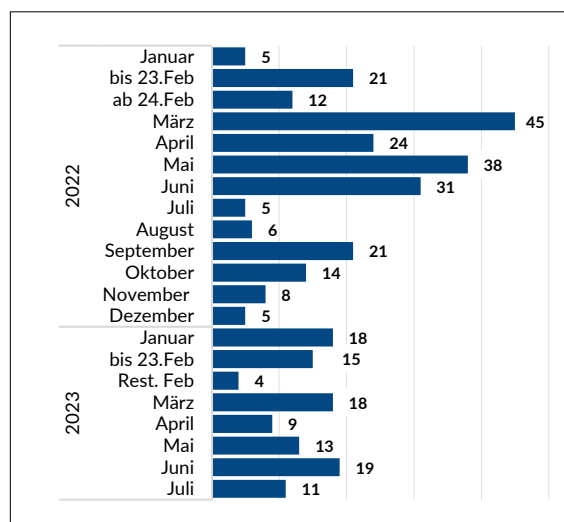
Für den Zeitraum 1 bis zur großangelegten Invasion sind 132 Sendungen mit 562 Gäste-Einladungen ausgewertet worden, woraus sich 263 Einzelpersonen identifizieren ließen. Im Zeitraum 2, dem ersten Kriegsjahr seit der Invasion,

wurden 242 Sendungen mit 1.105 Gäste-Einladungen bzw. 457 Einzelpersonen in die Auswahl aufgenommen. Insgesamt liegen dieser Studie somit 374 ausgewertete Sendungen mit 1.667 Einladungen von Studiogästen zugrunde. Vergleicht man die Einladungen über den gesamten Zeitraum, lassen sich insgesamt 613 unterschiedliche Gäste identifizieren, die zu den Sendungen in die Studios eingeladen wurden.

Die Zusammensetzung der Gäste nach Berufsbezeichnung stellt sich wie folgt dar: Unter den Gästen waren im ersten Zeitraum 37 Prozent Journalist:innen (Zeitraum 2: 29 Prozent), 37 Prozent (35 Prozent) Politiker:innen, 16 Prozent (22 Prozent) Wissenschaftler:innen und Expert:innen, sowie 4 Prozent (8 Prozent) ausgewiesene Militärexpert:innen (siehe Grafik 3). Der Anteil der eingeladenen Ukrainer:innen lag in beiden Zeiträumen im Schnitt bei rund 6 Prozent; der der russländischen Gäste sank von 12 Prozent auf 2 Prozent (zum Ungleichgewicht im Jahr 2014 vgl. [Ukraine-Analysen 135](#)).

Auf den ersten Blick mag sich über die Zeit wenig an der Zusammensetzung geändert haben. Man sollte aber die auffälligste Veränderung nicht unterschätzen: im Vergleich der

**Grafik 2: Anzahl TV-Diskussionsrunden ab 2022**



Im Untersuchungszeitraum 2 (umfasst die Sendungen vom 24.2.2022 bis 23.2.2023) sind es insgesamt 242 Sendungen.

Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

**Grafik 3: Zusammensetzung Talkshow-Gäste, nach Berufsgruppen in Prozent**



Zeitraum 1: 2013 bis 23.2.2022

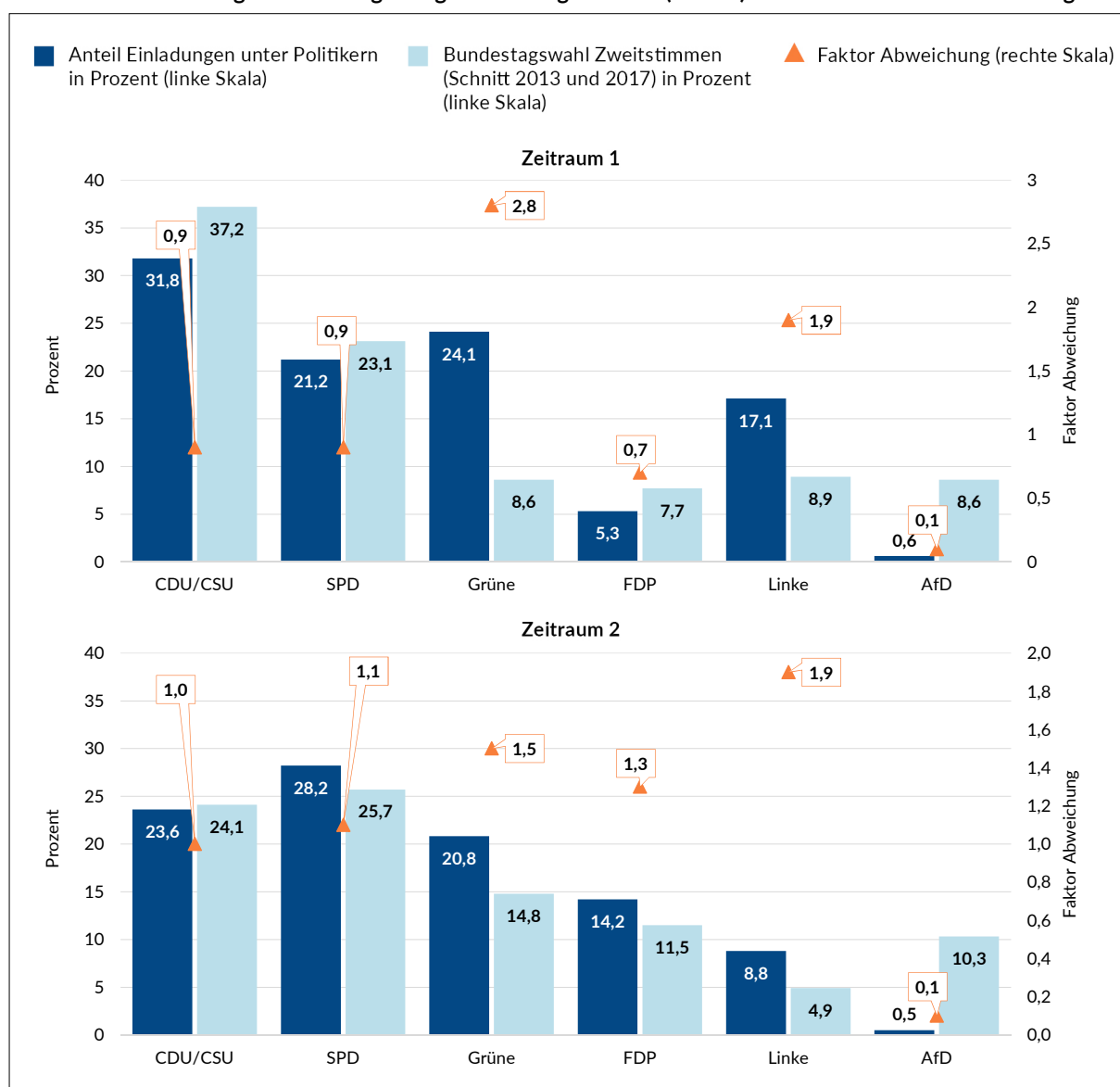
Zeitraum 2: 24.2.2022 bis 23.2.2023

Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

beiden Zeiträume ist der Anteil von Wissenschaftler:innen, Expert:innen und Militärfachleuten stark gestiegen; während der Anteil an Journalist:innen zurückging.

Fragt man nach der Ausgeglichenheit der Einladungspolitik, gerät auch die Verteilung der Parteimitglieder unter den Studiogästen in den Blick. Der Proporz der Parteizugehörigkeit sollte nicht überbewertet werden, sind die Kompetenzschwerpunkte in den Parteien unterschiedlich verteilt. Man kann eher von Glück sprechen, dass die TV-Redaktionen vor allem nach 2022 zunehmend nach Kompetenz und Relevanz einluden und nicht nach einem strikten Parteiproporz. Trotzdem ist es interessant, wenn man den Parteien-Proporz der eingeladenen Gäste mit den Ergebnissen der Bundestagswahlen 2013, 2017 und 2021 vergleicht (Grafik 4). Bei SPD und CDU ist die Abweichung vom Ein-

**Grafik 4: Verteilung der Parteizugehörigkeit der eingeladenen (Partei-)Politiker:innen unter den Studiogästen**



**Anmerkungen:**

- 1 Berücksichtigt wurden von den Studiogästen alle, die mit einem Hinweis der Parteizugehörigkeit eingeladen wurden oder deren aktives politisches Mandat eine Parteizugehörigkeit erkennen lässt. Berater oder parteinahe Personen wurden nicht berücksichtigt.
- 2 Der Prozentsatz bezieht sich auf die Summe aller hier erfassten Gäste mit Parteizugehörigkeit
- 3 Bezugsgröße hier sind die jeweiligen Zweitstimmen-Ergebnisse der Bundestagswahlen im entsprechenden Zeitraum. In Zeitraum 1 (2013–2021) wurde der Schnitt aus den Bundestags-Wahlen 2013 und 2017 zugrunde gelegt; für Zeitraum 2 die BT-Wahl 2021
- 4 Der Abweichungsfaktor berechnet sich aus dem Prozentsatz der eingeladenen Parteimitglieder geteilt durch den Prozentsatz des jeweiligen Wahlergebnisses der Bundestagswahl, wie hier angegeben im entsprechenden Zeitraum.

Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

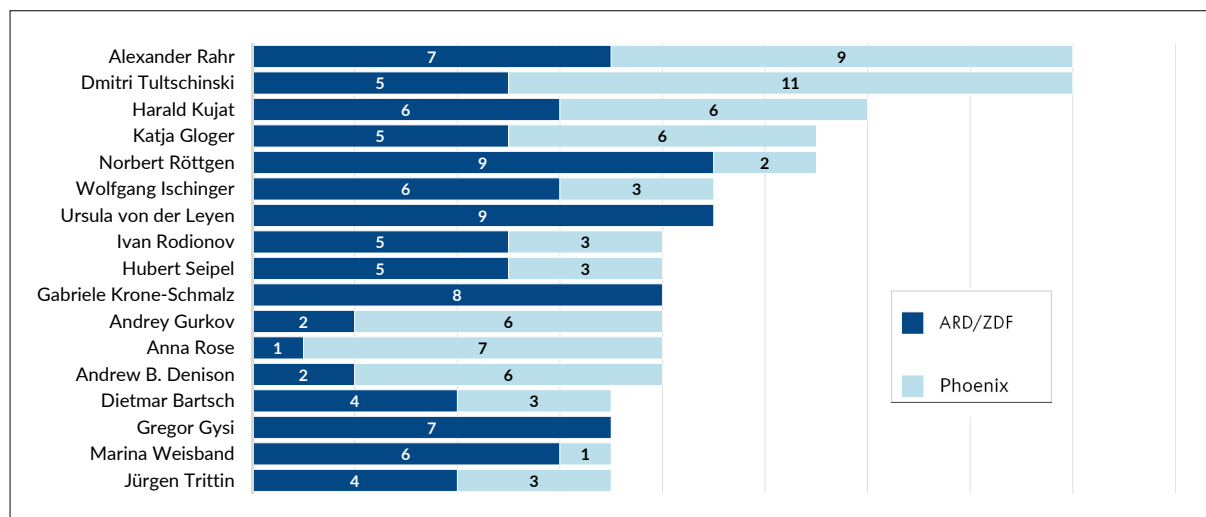
ladungsproporz zu den Wahlergebnissen im Vergleichszeitraum verschwindend gering, bei der FDP mäßig (Abweichungs-Faktor 0,7 bis 1,3). Die Grünen waren vor 2022 um einen großen Faktor von 2,8 stärker repräsentiert im Vergleich zu ihren Wahlergebnissen, ab 2022 weniger (Faktor 1,5). Die Linkspartei wurde sowohl vor der »Zeitenwende« als auch nach Beginn des Angriffskrieges jeweils um einen Faktor von 1,9 stark überproportional eingeladen. Lediglich die AfD ist deutlich seltener repräsentiert im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis. Schaut man sich die wenigen Sendungen mit Beteiligung der AfD an, wie zum Beispiel mit dem Parteivorsitzenden Tino Chrupalla am 21.6.2023 bei »Maischberger« versteht man, warum. Die Verdrehung von Tatsachen und das Ignorieren der einfachsten Prämissen außenpolitischer Verhältnismäßigkeit verhindern schlicht eine seriöse Debatte.

### Wer dominiert die TV-Debatten?

Die Einladungspolitik der Talkshows zeigt, dass es auch hier nach dem 24.2.2022 eine »Zeitenwende« gab. Waren noch kurz vor dem Angriff viele medial prominente pro-russische Stimmen wie der Gazprom-Berater Alexander Rahr (Phoenix Runde, 23.2.2022), die Russland-Autorin Gabriele Krone-Schmalz (Markus Lanz, 22.2.2022) oder Linken-Politikerin Sarah Wagenknecht (Anne Will, 20.2.2023) gern gesehene Studiogäste, wurden sie nach dem Angriff durch neue Gesichter ersetzt, die davor nur wenige kannten bzw. die davor nie zu einer der untersuchten Talkshows eingeladen waren, wie z. B. die Sicherheitspolitik-Expertin der SWP Claudia Major, die Zeit-Journalistin Alice Bota oder der Militärexperte Carlo Masala.

Betrachtet man die Rangliste der am meisten eingeladenen Studiogäste vor dem russischen Großangriff, sind auf den ersten drei Plätzen ausgerechnet die Akteure zu finden, die eindeutig pro-russische Positionen vertreten: Auf dem ersten Platz findet sich der Lobbyist Alexander Rahr zusammen mit Dmitri Tultschinski, Büroleiter der staatlichen russischen Nachrichtenagentur »Ria Nowosti« in Deutschland, gefolgt vom ehemaligen Generalinspektor Harald Kujat (Grafik 5). Sie reden Russlands aggressive Haltung gegenüber der Ukraine klein und sehen die Ursache für den Konflikt nicht beim eindeutigen Aggressor Russland, sondern der NATO.

**Grafik 5: Rangliste der eingeladenen Gäste zu TV-Talkshows im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwischen Dezember 2013 und dem 23.2.2022**



Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

Dahinter folgen zwar dezidierte Transatlantiker wie der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, der Sicherheitsexperte Wolfgang Ischinger und Ursula von der Leyen, die zum damaligen Zeitraum Verteidigungsministerin war. Aber auf den nächsten Plätzen folgen mit wenigen Ausnahmen wieder ausgesprochene Russland-Apologet:innen wie Gabriele Krone-Schmalz oder RT-Chefredakteur Ivan Rodionov, der offen die völkerrechtswidrige Annexion der Krim verteidigt.

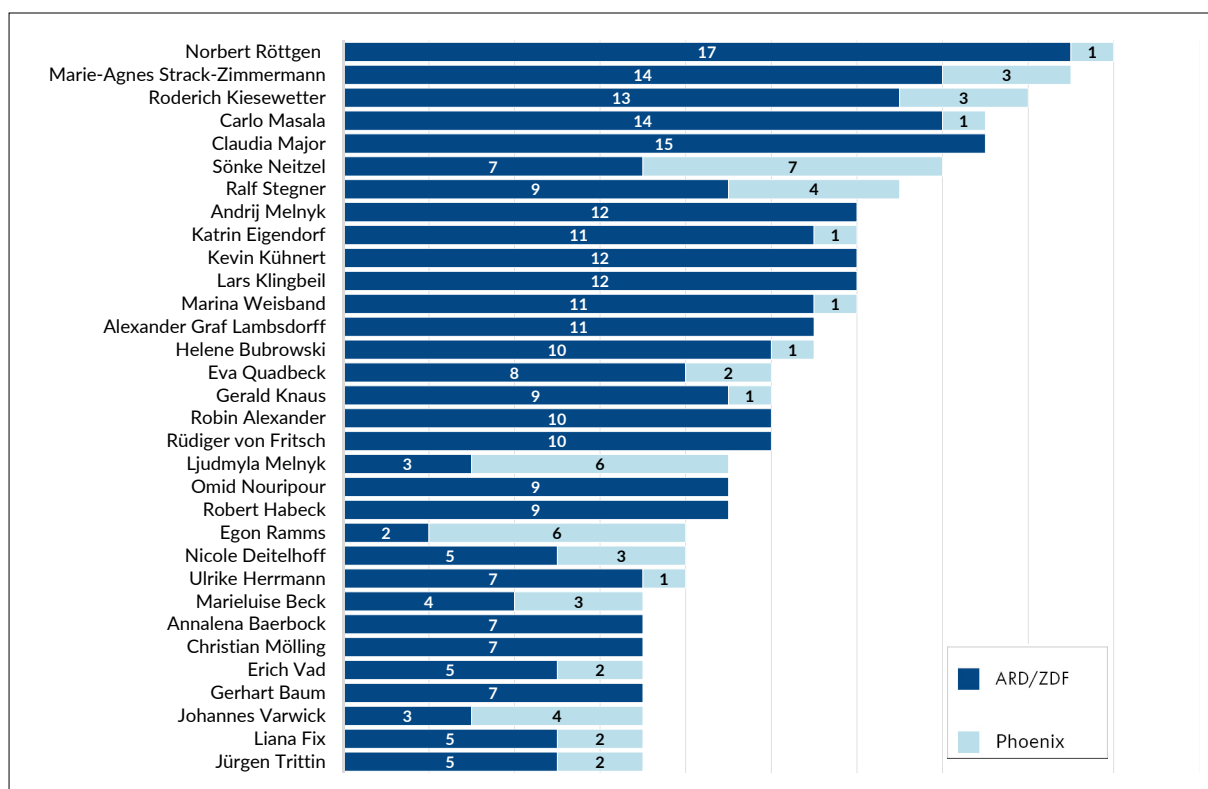
Zieht man die Sendungen des Spartenkanals Phoenix ab, der über eine vergleichsweise sehr geringe Reichweite verfügt, und berücksichtigt nur die einschaltstärkeren Sendungen in ARD und ZDF, liegt die ehemalige Moskau-Korrespondentin Krone-Schmalz sogar unter den ersten drei der meist eingeladenen Studiogäste im öffentlich-rechtlichen Fernsehen im Zeitraum vor 2022. Auch weitere in den Top-15 platzierte Studiogäste wie Putin-Biograf Hubert Seipel, die russische Journalistin Anna Rose oder die Linkenpolitiker Dietmar Bartsch und Gregor Gysi fielen in der Zeit vor 2022 nicht durch ihre kritische Einordnung der russischen Außenpolitik auf.



Es ließe sich zu den inhaltlichen Konsequenzen, die sich aus dieser einseitigen Einladungspolitik ergaben, viel sagen, und es lässt zumindest die Frage aufkommen, inwiefern die Talkshows dem Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen nach »Ausgewogenheit« nachkamen.

Wie die Zeiten sich nach dem 24.2.2022 schlagartig geändert haben, wird vor allem daran deutlich, wer quasi über Nacht *nicht* mehr eingeladen wurde: Harald Kujat, Gabriele Krone-Schmalz, Dmitri Tułschinski oder Ivan Rodionov, um nur die am stärksten exponierten pro-russischen Dauergäste zu nennen. Stattdessen stieg die Anzahl der Expert:innen und Politiker:innen, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen und einer kritischen Haltung gegenüber Russland hervorgetan haben (Grafik 6). Die Rangliste der meisten Einladungen nach der großangelegten Invasion führen Norbert Röttgen (CDU), Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Roderich Kiesewetter (CDU), Carlo Masala (Universität der Bundeswehr) und Claudia Major (SWP) an. Der Unterschied zu der Zeit vor der Zeitenwende ist offensichtlich. Dass nach dem Angriff vermehrt Verteidigungsexpert:innen eingeladen wurden, ist nicht erklärungsbedürftig. Erfreulich ist die große Zahl an Wissenschaftler:innen, die nicht durch ihre steilen Thesen im polarisierten medialen Meinungsstreit über Russland auffielen, sondern sich seit Jahren mit komplexen sicherheitspolitischen Fragen beschäftigt haben und ihre fundierte Expertise in die Debatte einbringen konnten. Unter den ersten 20 Plätzen befinden sich entsprechend viele dezidierte Sicherheitsexpert:innen, Außen- oder Verteidigungspolitiker:innen oder Gäste mit Ukraine-Expertise (siehe Grafik 6 und auch die Fach-Rankings Grafik 7, 8 und 9).

**Grafik 6: Rangliste der eingeladenen Gäste zu TV-Talkshows im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zwischen dem 24.2.2022 und dem 23.2.2023**



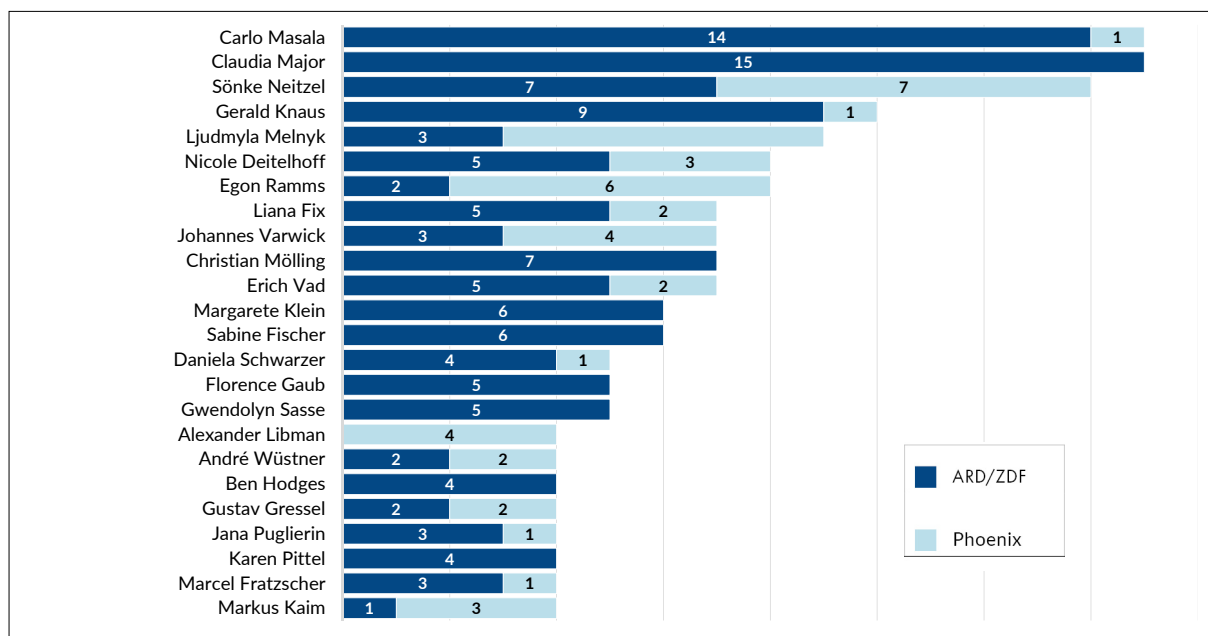
Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

Somit haben auch die Redaktionen nach der »Zeitenwende« eine große Korrektur ihrer Einladungspolitik vorgenommen. Festzuhalten ist, dass aber auch Vertreter:innen eines kritischen Kurses – *gegen* eine militärische Unterstützung der Ukraine – in die Talkshows eingeladen wurden, wie Ralf Stegner (SPD), Erich Vad (Brigadegeneral a. D.), Johannes Varwick (Politologe) oder Sahra Wagenknecht (Die Linke), wenngleich diese beim Ranking nicht in den Top-20 vertreten sind.

### Resümee: Die »Zeitenwende« der Talkshows?

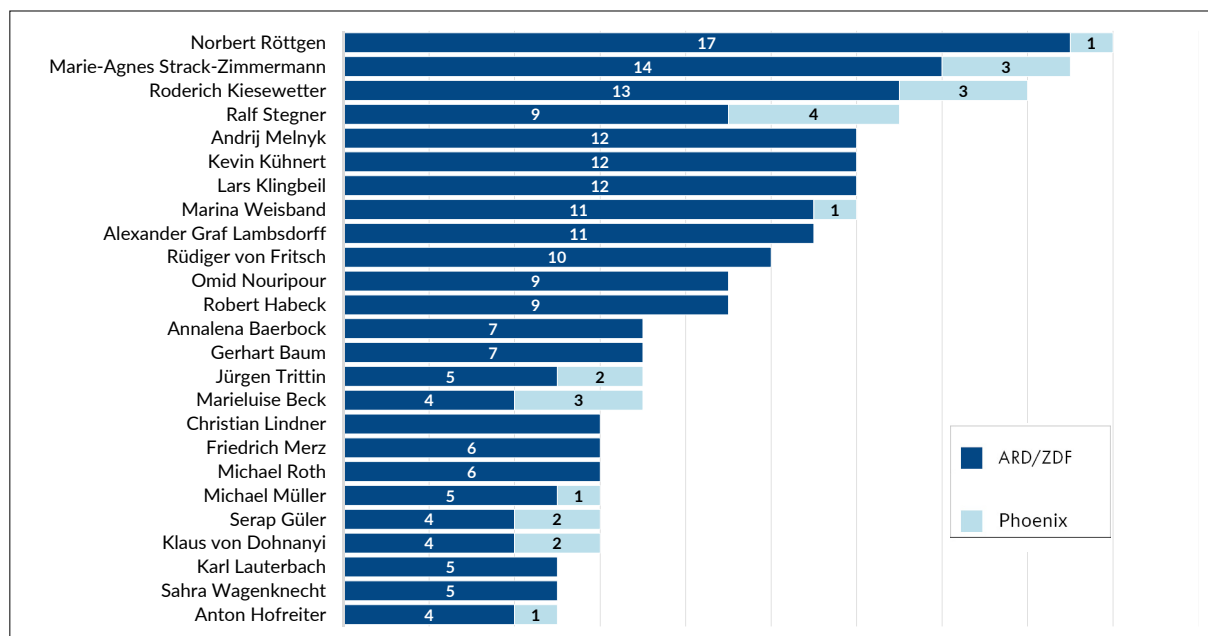
Was bedeutet diese Zäsur für die Debatte, und hat man vor allem aus den Fehlern in der Vergangenheit gelernt? Die positive Veränderung der deutschen TV-Talkshows betrifft nicht nur die Einladungspolitik, sondern auch die »Dra-

**Grafik 7: Rangliste der eingeladenen Wissenschaftler:innen, Sicherheits-, Politik- und Militärexpert:innen in den TV-Talkshows zwischen 24.2.2022 und dem 23.2.2023**



Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

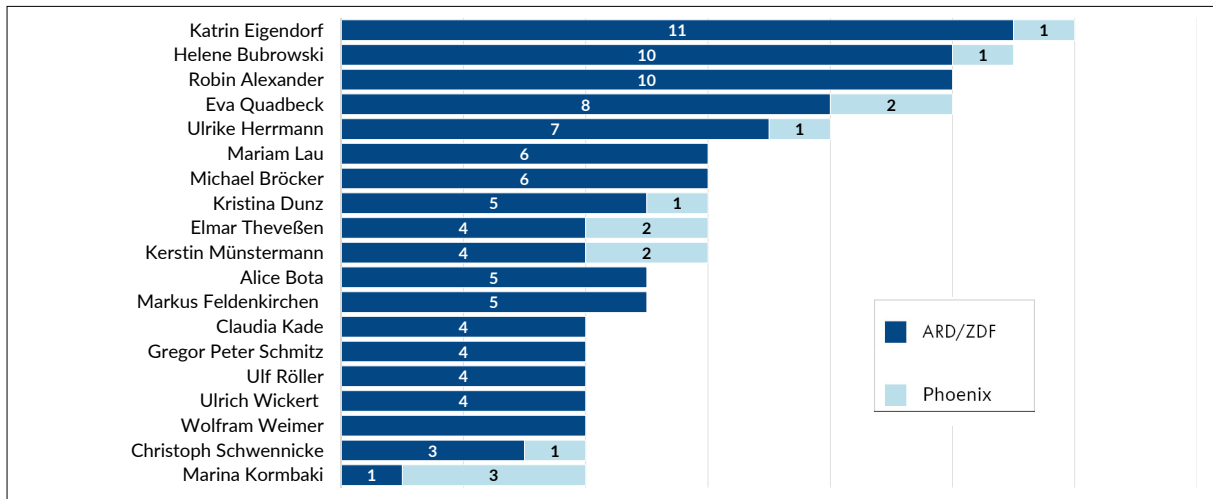
**Grafik 8: Rangliste der eingeladenen Politiker:innen und Diplomat:innen in den TV-Talkshows zwischen 24.2.2022 und dem 23.2.2023**



Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

«maturgie» mancher Talkshow. Waren vor 2022 viele Diskussionsrunden durch eine starke Polarisierung mit fragwürdigem Erkenntnisgewinn geprägt, die nicht selten den Eindruck eines multiperspektivischen Durcheinanders evozierten, dominierte nach dem Wendepunkt 2022 tatsächlich ein konstruktiverer Tonfall, der vermehrt nach einem Konsens sucht, wie mit der neuen Situation umzugehen ist. Ob dem tatsächlich ein Paradigmenwechsel zugrunde liegt und sich der Fokus von einem manchmal beliebigen Meinungspluralismus hin zu einer eher lösungsorientierten Debatte verlagert hat, müsste man für die einzelnen Talkshow-Formate vergleichend untersuchen bzw. wird sich viel-

**Grafik 9: Rangliste der eingeladenen Journalist:innen und Publizist:innen in den TV-Talkshows zwischen 24.2.2022 und dem 23.2.2023**



Quelle/Auswertung: Marcus Welsch

leicht auch erst mit der Zeit zeigen. Positiv aufgefallen ist beispielsweise das Format »Markus Lanz«, das einzelne Studiogäste ausführlicher über Sachverhalte Auskunft geben ließ und auf so manchen Disput verzichtete.

Die Einladungen von Politiker:innen mit umstrittenen Positionen wie Sarah Wagenknecht (Die Linke) oder Tino Chrupalla (AfD), zeigen aber einen fatalen Rollback. Man bietet Akteur:innen erneut eine Bühne, die keine Bereitschaft zeigen, ihre eigene Haltung aufgrund der neuen weltpolitischen Lage zu korrigieren oder ihre Positionen, beispielsweise zu Waffenlieferungen, nur ansatzweise seriös zu diskutieren. Würde man diese extrem populistischen Standpunkte in Zukunft wieder vermehrt in die Debatte einbringen, droht der konstruktivere Ansatz unterlaufen zu werden.

Mit dieser verzögerten Umorientierung in Deutschland hat man schlicht wertvolle Zeit verloren, einen Konsens in der deutschen Politik und Gesellschaft herzustellen, der die Unterstützung der Verteidigungsbereitschaft der Ukraine überhaupt nur erlaubt. Man kann nur hoffen, dass ein konstruktiver, den komplexen Umständen geschuldeter lösungsorientierter Ansatz die Debatte im deutschen Fernsehen zunehmend prägt.

#### Über den Autor:

Marcus Welsch hat Philosophie, Literaturwissenschaften, Geschichte und Regie in Berlin, Toronto und Konstanz studiert. Er arbeitet als Dokumentarfilmregisseur und Publizist, zuletzt zusammen mit Serhij Zhadan an seinem Buch »Himmel über Charkiw« (Suhrkamp 2022). Seine filmischen Schwerpunkte sind Geschichte und Erinnerungskultur. Darüber hinaus beschäftigt er sich mit OSINT-Journalismus und Datenanalysen. Er hat sich seit 2014 intensiv mit dem Krieg Russlands in der Ukraine beschäftigt, insbesondere zu militärischen und außenpolitischen Hintergründen, sowie dem Diskurs in Deutschland darüber. 2021 leitete er in der Ukraine eine Workshopreihe zu Journalismus und Techniken der Filmrecherche zu den Themen-Bereichen Desinformation, Geschichte und Umweltschutz.

#### Bibliographie:

- Uwe Hasebrink: Meinungsbildung und Kontrolle der Medien. Bundeszentrale für politische Bildung, 9.12.2016: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/172240/meinungsbildung-und-kontrolle-der-medien>.
- Barbara Kerneck: Putins Plaudertaschen. Russische Journalisten in Deutschland, taz, 12.05.2014, <https://taz.de/Russische-Journalisten-in-Deutschland/!5042602/>.
- Marcus Welsch: Die verspätete Zeitenwende in deutschen Talkshows, Salonkolumnisten, 30.4.2022, <https://www.salonkolumnisten.com/tagebuch-aus-deutschland-4-die-verspaetete-zeitenwende-in-deutschen-talkshows>.
- Marcus Welsch. Zeitenwende. ...Eine veränderte Ostpolitik war seit Jahren überfällig. Die Tageszeitung, 25.2.2022. <https://taz.de/Ukraine-Krieg-als-Zaesur/!5834215/>.

## CHRONIK

## 15. – 30. September 2023

15.09.2023	Der ukrainische Generalstab sagt, dass die Ukraine das Dorf Andrijiwka in der Region Donezk befreit habe.
15.09.2023	Der Nationale Sicherheitsberater der USA Jake Sullivan bestätigt, dass am kommenden Donnerstag ein Treffen zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj im Weißen Haus geplant sei. Ferner kündigt Sullivan an, dass Anfang nächster Woche ein reguläres Treffen der Kontaktgruppe für die Verteidigung der Ukraine, das so genannte Ramstein-Format, stattfinden wird.
15.09.2023	Die ukrainische Regierung bewilligt, dass die Hälfte des Haushalts für das kommende Jahr 2024 für Verteidigung und Sicherheit ausgegeben werden soll.
15.09.2023	Die Stadtverwaltung von Kyjiw gibt bekannt, dass sowjetische Symbole im Stadtbild demontiert und die russische Gedenktafel am Obelisk »Heldenstadt Kyjiw« auf dem ehemaligen Platz des Sieges (heute Galizischer Platz) entfernt wurden. Während der Arbeiten seien die Sterne an den Seiten des Obelisk und die Inschriftentafel in russischer Sprache entfernt und die Inschrift »1941« in »1939« geändert worden – das Jahr, in dem der Zweite Weltkrieg begann.
15.09.2023	Die Europäische Kommission teilt mit, dass das Einfuhrverbot für ukrainische Getreideprodukte in fünf EU-Ländern über den 15. September hinaus nicht verlängert würde. Hierauf entgegnet der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass Polen die Beschränkungen in diesem Fall einseitig verlängern werde.
16.09.2023	Der ukrainische Minister für digitale Transformation Mychajlo Fedorow sagt, dass die ukrainische Drohnenproduktion bis Ende 2023 um das 120–140-fache steigen werde. Das ukrainische Militär setzt im Kampf gegen Russland verstärkt Drohnen ein.
16.09.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sagt, dass führende internationale Rüstungsunternehmen demnächst an einem Industriegipfel in der Ukraine teilnehmen werden. Ihm zufolge haben 86 Rüstungsunternehmen aus 21 Ländern ihre Teilnahme an der Veranstaltung bestätigt.
16.09.2023	Das britische Verteidigungsministerium teilt mit, dass Russland wahrscheinlich einen »bedeutenden Vorrat« an Raketen für Winterangriffe auf die Ukraine anlege, um diese gegen die kritische Infrastruktur der Ukraine einzusetzen.
16.09.2023	In Kyjiw findet eine Kundgebung zum Gedenken an den Journalisten Georgij Gongadse, den Gründer der Ukrainka Prawda, statt. Der georgisch-ukrainische Journalist verschwand am 16. September 2000 und wurde am 2. November enthauptet und schwer verstümmelt in einem Wald bei Kyjiw gefunden. Der Mordfall konnte bis heute nicht aufgeklärt werden. Spuren, die zum damaligen Präsidenten der Ukraine Leonid Kutschma führten, wurden von der Staatsanwaltschaft aufgrund Mangels an Beweisen wieder verworfen. Die Kundgebung findet in Erinnerung an alle ermordeten ukrainischen Journalisten statt.
17.09.2023	Laut dem ukrainischen Militärsprecher Ilja Jewlasch habe die ukrainische Armee den Ort Klischtschijiwka in der Region Donezk befreit, der seinen Aussagen zufolge als ein Brückenkopf für weitere Gegenoffensiven in dem Gebiet dienen könne.
17.09.2023	Mit Blick auf den am Sonntag stattfindenden Adoptionstag in der Ukraine sagt Präsident Wolodymyr Selenskyj bei seiner Abendansprache, dass die Ukraine darauf hinarbeiten müsse, Waisenhäuser und Internate abzuschaffen. Als Land müsse die Ukraine dafür sorgen, dass alle Kinder in der Ukraine, die ohne elterliche Fürsorge sind, in Familien leben sollen.
18.09.2023	Der Internationale Gerichtshof (IGH) der Vereinten Nationen hat die Anhörung zur Klage der Ukraine gegen Russland wieder aufgenommen. Die Ukraine klagt wegen der Falschbehauptung Moskaus über einen angeblichen Völkermord, den die Ukraine an Russ:innen in der Ukraine verüben solle. Unter anderem mit dieser Falschbehauptung rechtfertigt Moskau seinen Krieg gegen die Ukraine. Am Mittwoch sollen bis zu 30 Länder vor dem IGH angehört werden. Sollte der IGH das Verfahren aufnehmen und käme es zu einem Urteil, wäre dies ein starkes Signal Richtung Moskau.
18.09.2023	Der Kommandeur der ukrainischen Bodentruppen Oleksandr Syrskyj sagt, dass die ukrainischen Truppen die russische Verteidigungslinie bei Bachmut in der Region Donezk durchbrochen hätten.
18.09.2023	Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius gibt gegenüber der BILD an, dass Deutschland ein weiteres Militärhilfepaket in Höhe von 400 Millionen Euro für die Verteidigung der Ukraine vorbereite. Das neue Hilfspaket umfasse laut Pistorius Sprengmunition, Mörsergranaten und Raketen, gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumsysteme, Winterkleidung und Generatoren.

18.09.2023	Die erste Vizepremierministerin und Wirtschaftsministerin der Ukraine, Julija Swyrydenko, sagt, dass die Ukraine im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) Konsultationen mit der Slowakei, Polen und Ungarn beantragt habe, die die Einfuhr ukrainischer Agrarerzeugnisse verboten haben.
19.09.2023	Bei seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York sagt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine eine Bedrohung für die globale Sicherheit darstelle, da der Kreml Energie und Nahrungsmittel als Waffen gegen Nationen auf der ganzen Welt einsetze. Bei einem Treffen mit dem Generalsekretär der Vereinten Nationen António Guterres stehen die russischen Angriffe auf die ukrainische Hafeninfrastruktur und die Schwarzmeer-Getreideinitiative im Mittelpunkt. US-Präsident Joe Biden appelliert in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung, der Ukraine gegen die russische Aggression beizustehen.
19.09.2023	Laut dem Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow ist ein erstes Schiff mit ukrainischem Getreide durch den von der Ukraine proklamierten temporären Korridor ausgelaufen. Der unter der Flagge Palaus fahrende Massengutfrachter Resilient Africa, der mit 3.000 Tonnen Weizen beladen ist, hat den Schwarzmeerhafen Tschornomorsk verlassen und sei auf dem Weg zum Bosphorus. Der Korridor wird dadurch ermöglicht, dass die Ukraine die russische Schwarzmeerflotte in den letzten Wochen durch Drohnen- und Raketenangriffe zurückdrängen konnte.
19.09.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda verteidigt die Entscheidung Warschaws, einseitige Einfuhrbeschränkungen für ukrainische Agrarprodukte zu verhängen, die Kyjiw bei der Welthandelsorganisation anfechten will.
19.09.2023	Ein russischer Raketenangriff trifft nach ukrainischen Angaben ein humanitäres Hilfslager in Lwiw. Das Lager brennt bis auf die Grundmauern nieder. Etwa 300 Tonnen an humanitären Hilfsgütern werden laut der Erzdiözese Lemberg, die das Lager betreibt, zerstört.
19.09.2023	Das Büro für Wirtschaftliche Sicherheit (BEB) versichert, dass es die Ermittler:innen des Nationalen Antikorruptions-Büros (NABU) nicht daran hindert, eigene Ermittlungen gegen den Oligarchen Ihor Kolomojskyj durchzuführen. Am 2. September gab das BEB bekannt, gemeinsam mit dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) und der Generalstaatsanwaltschaft gegen Kolomojskyj zu ermitteln, obwohl der Fall eigentlich in die Jurisdiktion des NABU fällt.
20.09.2023	Das ukrainische Militär teilt mit, einen Kommandoposten der Schwarzmeerflotte der russischen Armee bei Sewastopol auf der von Russland besetzten Halbinsel Krim getroffen zu haben.
20.09.2023	In seiner Rede vor dem UN-Sicherheitsrat macht der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Vorschläge zur Reform der UNO, die verhindern sollen, dass die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Entscheidungen blockieren können. Er spielt damit insbesondere auf das Vetorecht des Aggressorstaats Russland an, das den UN-Sicherheitsrat seit Beginn der Vollinvasion blockiert.
20.09.2023	Am 15. Gipfel im sog. Ramstein -Format, bei dem etwa 50 Staaten ihre Militärhilfen für die Ukraine koordinieren, nimmt erstmals der neue ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umjerow teil. Mehrere Staaten kündigen neue Militärhilfen an. Taurus Marschflugkörper aus Deutschland und ATACMS Raketen aus den USA, die von der Ukraine seit längerem gefordert werden, sind allerdings nicht darunter.
20.09.2023	Der Vertreter des Verteidigungsnachrichtendienstes der Ukraine Andrij Jusow sagt, dass es Informationen gäbe, die darauf hindeuten, dass Russland Aufklärungsaktivitäten im Bereich der Energieinfrastruktur durchführe und die Gefahr bestünde, dass Russland wie im letzten Winter gezielt ukrainische Energieinfrastruktur angreifen werde.
20.09.2023	Laut dem polnischen Premierminister Mateusz Morawiecki sei Polen bereit, das Einfuhrverbot für die Ukraine zu verlängern, falls Kyjiw den Konflikt über die Getreideeinfuhren weiter eskalieren lasse.
21.09.2023	Laut dem Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) hat die Ukraine in der Nacht einen Angriff auf den Luftwaffenstützpunkt Saky auf der russisch besetzten Krim durchgeführt.
21.09.2023	Laut der Nachrichtenagentur Reuters erreicht der unter der Flagge Palaus fahrende Massengutfrachter Resilient Africa, der mit 3.000 Tonnen ukrainischem Weizen beladen ist, den Bosphorus über den temporären ukrainischen Getreide-Korridor.
21.09.2023	Das Institute for the Study of War (ISW) sagt aufgrund der Analyse von geolokalisiertem Bildmaterial, dass ukrainische Panzerfahrzeuge in der Oblast Saporischschja südlich der russischen Panzerabwehrgräben vorgeückt sind, die russische dreischichtige Verteidigung durchbrochen haben und westlich von Werbowe an der südlichen Saporischschja-Front in Kämpfen verwickelt waren.

21.09.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda korrigiert die missverständlichen Aussagen des Premierministers Mateusz Morawiecki vom Vortag. Morawiecki hatte gesagt, dass Polen die Ukraine fortan nicht mehr mit Waffen unterstützen wolle. Dudas Meinung nach wollte Morawiecki allerdings sagen, dass Polen die neuen Waffen, die derzeit im Zuge der Modernisierung der polnischen Armee gekauft werden, nicht an die Ukraine geliefert werden sollen. Sobald man die neuen Waffen habe, könne man überlegen, ob man die Alten abgeben werde.
21.09.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft in Washington D.C. einflussreiche Parlamentarier der Demokraten und der Republikaner, bedankt sich für die Unterstützung der USA und wirbt für weitere Hilfen. Anschließend trifft er im Weißen Haus seinen US-Amtskollegen Joe Biden. Während Selenskyj von Biden um eine Freigabe für die Lieferung von ATACMS-Langstreckenraketen bittet, zögert der US-Präsident mit dieser Entscheidung.
21.09.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist am Abend von den USA weiter nach Kanada, wo in Ottawa ein Treffen mit Kanadas Premierminister Justin Trudeau geplant ist. In Kanada lebt eine große ukrainische Diaspora, weshalb das Land als einer der wichtigsten ukrainischen Verbündeten gilt.
22.09.2023	Das russische Verteidigungsministerium berichtet, dass ein ukrainischer Raketenangriff auf Sewastopol das Gebäude des Hauptquartiers der russischen Schwarzmeerflotte beschädigt habe. Dabei sollen Raketen des Typs Storm Shadow eingesetzt worden sein. Ukrainische Berichte, wonach mehr als 30 hochrangige Offiziere, darunter der Kommandeur der Schwarzmeerflotte Viktor Sokolow ums Leben gekommen sein sollen, bestätigt Russland nicht.
22.09.2023	Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet unter Berufung auf den ukrainischen Cyberabwehrchef Juri Schtsyhol, dass russische Hacker gezielt die Computersysteme von Strafverfolgungsbehörden in der Ukraine angreifen, um Beweise für russische Kriegsverbrechen zu finden und zu beschaffen.
22.09.2023	Russland berichtet, dass es auf der besetzten Krim einen Cyberangriff von »noch nie dagewesenem« Ausmaß gegeben habe.
22.09.2023	Bei seinem Besuch in Kanada bekommt der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj vom kanadischen Premierminister Justin Trudeau 650 Millionen kanadische Dollar (ca. 450 Mio. Euro) zugesichert. Außerdem sollen in den nächsten drei Jahren 50 gepanzerte Fahrzeuge an die Ukraine geliefert werden und Kanada wolle sich an der Ausbildung von ukrainischen Pilot:innen an F-16-Kampffjets beteiligen.
22.09.2023	Die USA stellen der Ukraine ein weiteres Hilfspaket im Gesamtwert von 325 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Darin enthalten sind militärisches Gerät und Ausrüstung im Wert von 197 Mio. US-Dollar und unter anderem Artilleriemunition und Systeme zur Abwehr feindlicher Luftangriffe. Die von der Ukraine gewünschten ATACMS-Raketen mit einer Reichweite von bis zu 300 Kilometern sind allerdings nicht enthalten.
23.09.2023	Laut dem Brigadegeneral der ukrainischen Streitkräfte Oleksandr Tarnawskyj haben die ukrainischen Streitkräfte an der südlichen Front von Saporischschja die russischen Linien in Werbowe durchbrochen.
23.09.2023	Laut Berichten der Financial Times unter Berufung auf mit der Angelegenheit vertraute Quellen soll US-Präsident Joe Biden bereits vor dem jüngsten Besuch von Präsident Wolodymyr Selenskyj in den USA beschlossen haben, der Ukraine zukünftig ATACMS-Raketen zu liefern. Eine offizielle Bekanntmachung aus dem Weißen Haus gibt es jedoch noch nicht.
23.09.2023	Aus der von Russland völkerrechtswidrig besetzten Halbinsel Krim werden erneut Explosionen gemeldet, dieses Mal aus der Stadt Sewastopol. Die Wiedereingliederungsministerin der Ukraine Iryna Wereschtschuk fordert die auf der Krim lebenden Ukrainer:innen auf, die Krim zu verlassen, bis sie von der russischen Besatzung befreit sei.
23.09.2023	Auf seiner Rückreise von Nordamerika in die Ukraine zeichnet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bei einem Zwischenstopp in Polen zwei Vertreter:innen der Zivilgesellschaft aus, um die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaften beider Länder zu betonen und allen Pol:innen für ihre Unterstützung zu danken. Zuletzt gab es Verstimmungen zwischen Polen und der Ukraine wegen der Ausfuhr ukrainischen Getreides.
24.09.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj lobt das neue amerikanische Militärhilfepaket, da es über die reinen Waffenlieferungen hinaus vorsieht, eine gemeinsame Waffenproduktion aufzubauen: »Dies ist eine historische Entscheidung Amerikas, gemeinsam Waffen und Verteidigungssysteme, einschließlich der Luftverteidigung, zu produzieren. Das ist etwas, was bis vor kurzem eine absolute Fantasie war. Aber es wird Realität werden. Wir werden es Wirklichkeit werden lassen«, so Selenskyj.
24.09.2023	Der französische Auslandssender France24 berichtet, dass ein weiterer Frachter mit ukrainischem Getreide die Türkei erreicht habe. Dies wäre laut France24 der zweite Frachter, seitdem Russland das Getreideabkommen im Juli aufgekündigt hat.

24.09.2023	Der polnische Präsident Andrzej Duda sagt, dass die Regierung Transitkorridore für den Export von ukrainischem Getreide in dritte Länder, die es benötigen, geschaffen habe. Das EU-Embargo gegen ukrainisches Getreide ist am 15. September ausgelaufen, trotzdem beschlossen Polen, Ungarn und die Slowakei, einseitige Beschränkungen zu verhängen. Warschau erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Beschränkungen auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben würden.
25.09.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bestätigt, dass die ersten Abrams-Panzer aus den USA bereits in der Ukraine eingetroffen seien, ohne eine genauere Zahl zu nennen. Die USA haben der Ukraine 31 Abrams-Panzer zugesagt.
25.09.2023	Das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine ist im zweiten Quartal 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 19,5 % gewachsen, was laut Wirtschaftsministerin Julija Swyrydenko auf die Anpassung der Wirtschaft an die Kriegsbedingungen zurückzuführen ist.
25.09.2023	Der Bürgermeister von Lwiw Andrij Sadowyj sagt, dass man das Energienetz gestärkt habe um es auf den Winter vorzubereiten. Die Energieinfrastruktur von Lwiw soll in diesem Jahr durch Luftabwehrsysteme besser geschützt sein und die Strom- und Heizungsversorgung der Stadt ausreichend für den Winter gerüstet.
25.09.2023	Die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen hat in ihrem jüngsten Bericht vom 25. September weitere Beweise für Kriegsverbrechen durch russische Truppen in der Ukraine gefunden. Die Kommission fand Beweise für illegale Sprengstoffanschläge, Folter, geschlechtsspezifische und sexuelle Übergriffe sowie Angriffe auf die Energieinfrastruktur.
25.09.2023	Das Kyjiwer Berufungsgericht bestätigt die Untersuchungshaft des Oligarchen Ihor Kolomojskyj. Kolomojskyj, der in drei Fällen angeklagt ist, Gelder in Milliardenhöhe von der Privatbank veruntreut zu haben, die früher unter seinem Besitz war, befindet sich seit dem 3. September in Untersuchungshaft. Das Berufungsgericht bestätigt die Haft und setzt eine Kaution von 509 Millionen Hrywnja (knapp 13 Mio. Euro) fest.
26.09.2023	Es besteht Unklarheit, ob der Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte Viktor Sokolow noch lebt. Während Kyjiw behauptet, dass Sokolow am 22. September durch einen ukrainischen Angriff auf das Hauptquartier der Schwarzmeerflotte ums Leben gekommen sei, zeigt das russische Fernsehen Videos von Sokolow bei einer Sitzung mit dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu.
26.09.2023	Laut der polnischen Zeitung Rzeczpospolita kommt eine polnische Untersuchung zu dem Schluss, dass es eine ukrainische Luftabwehrrakete war, die im November 2022 auf polnischem Boden niederging und zwei Menschen im polnischen Przewodów tötete. Die Rakete soll abgefeuert worden sein, um einen russischen Angriff abzufangen.
26.09.2023	Der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal teilt mit, dass die Regierung das staatliche Zielprogramm »Einheit in Vielfalt« genehmigt habe und damit von ukrainischer Seite nun alle sieben Vorbedingungen erfüllt seien, die von der EU für die Aufnahme von EU-Beitrittsgesprächen erwartet wurden. Eine Entscheidung über den offiziellen Beginn der Beitrittsgespräche wird in den kommenden Monaten erwartet.
26.09.2023	Das Gesundheitsministerium präzisiert seine frühere Ankündigung zu der Regelung über Frauen mit medizinischer Ausbildung während des Kriegsrechts und weist darauf hin, dass Frauen mit einem solchen Hintergrund auch während des Kriegsrechts ins Ausland reisen dürfen.
27.09.2023	Der Generalstab der Ukraine meldet Vorstöße der ukrainischen Armee in Richtung Bachmut und Melitopol. Die russischen Truppen sollen Berichten zufolge erfolglose Angriffe in der Nähe von Sjewerne und Marjinka in der Oblast Donezk und südlich von Nowodarjwka in der Oblast Luhansk durchgeführt haben.
27.09.2023	Der Sprecher des ukrainischen Militärs Ilja Jewlasch bestätigt die Rückkehr von russischen Wagner-Kämpfern an die Front. Von den etwa 8.000 Wagner-Kämpfern in Belarus seien einige nach Afrika abgereist und etwa 500 an die Ostfront der Ukraine zurückgekehrt. Das russische Verteidigungsministerium verhandele derzeit die Verträge mit den Söldnern neu, die entweder als Soldaten oder als Ausbilder eingesetzt werden sollen.
27.09.2023	Nachdem die UEFA am Vortag beschloss, Russlands U17-Mannschaften wieder an internationalen Wettbewerben teilnehmen zu lassen, ruft die Ukraine zum Boykott von UEFA-Fußballwettbewerben mit russischer Beteiligung auf. Der Ukrainische Fußballverband (UAF) ruft stattdessen dazu auf, die frühere Entscheidung der UEFA und des Internationalen Fußballverbands (FIFA) beizubehalten, welche die Teilnahme russischer Mannschaften an internationalen Wettbewerben verbietet.
27.09.2023	Der Berater des Bürgermeisters von Melitopol, Petro Andrjuschtschenko sagt, dass Russland damit begonnen habe, eine direkte Eisenbahnverbindung in die von Russland besetzten Städte Mariupol, Wolnowacha und Donezk zu bauen. Dies könnte die logistische Abhängigkeit Moskaus von der Krim-Brücke verringern.

28.09.2023	Die Mitgliedstaaten der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) fordern Russland wiederholt zum Abzug seiner Truppen aus dem besetzten AKW Saporischschja auf. Ferner fordern sie, dass dort stationierte Mitarbeiter:innen der IAEA freien Zugang zu allen Bereichen im AKW bekommen sollen. Dieser würde ihnen noch immer verwehrt. IAEA-Chef Rafael Grossi warnt außerdem wegen der Kampfhandlungen in der Nähe des AKWs vor einem schweren Atomunfall.
28.09.2023	Bei seinem zweiten Besuch seit Beginn der Vollinvasion im Februar 2022 sagt NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Kyjiw, dass es lediglich eine Frage der Zeit sei, bis die Ukraine Mitglied der Allianz werde.
28.09.2023	Das deutsche Bundeskartellamt sieht keine bedenklichen Aspekte bei der Gründung einer gemeinsamen deutsch-ukrainischen Rüstungsgüterfabrik durch den deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall und des ukrainischen Staatskonzerns Ukrainian Defense Industry (UDI) und erteilt damit die Freigabe für das Vorhaben.
29.09.2023	Hromadske berichtet unter Berufung auf Quellen des Sicherheitsdiensts der Ukraine (SBU), dass die Ukraine das russische Radarsystem Kasta in der Region Kursk mittels einer Drohne zerstört habe.
29.09.2023	Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) verabschiedet eine Resolution zur sofortigen Rückgabe des von Russland besetzten Kernkraftwerks Saporischschja unter die volle Kontrolle der Ukraine.
29.09.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nimmt an einer Gedenkveranstaltung in Babyn Jar bei Kyjiw teil. In der Schlucht von Babyn Jar hatte das nationalsozialistische Deutschland am 29. und 30. September 1941 ein Massaker an der jüdischen Bevölkerung Kyjiws verübt. Innerhalb von zwei Tagen wurden mehr als 33.000 jüdische Menschen von den deutschen Besatzern und ihren Helfer:innen erschossen.
29.09.2023	Die Ukraine streicht im Rahmen der Verhandlungen über weitere Militärhilfen einige Unternehmen von ihrer Liste der »internationalen Sponsoren des Krieges«. Damit will Kyjiw erreichen, dass Ungarn die Blockade von 500 Millionen Euro aus EU-Mitteln für die Ukraine aufhebt.
30.09.2023	In Kyjiw findet das erste Internationale Forum der Verteidigungsindustrie mit mehr als 250 Rüstungsfirmen aus über 30 Ländern statt. Der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes Andrij Jermak sagt, dass sich mehr als zehn Firmen zu einer neuen Allianz der Verteidigungsindustrie angeschlossen hätten. Dieses Bündnis solle der Ukraine den Weg ebnen, die Produktion von lizenzierten ausländischen Waffen auf ukrainischem Boden zu forcieren.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Lars Fernkorn*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

#### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
 Deutsches Polen-Institut  
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

#### Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)  
 Chronik: Lars Fernkorn  
 Satz: Matthias Neumann

#### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg  
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.  
 ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH  
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
 e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>





## LÄNDER-ANALYSEN



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

X @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.  
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

### Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich  
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

### Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.  
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>